

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage: „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragenes in der Post-Zeitungsverzeichnisse für 1902 unter Nr. 7678. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerbliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 31. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Der obstruierte Staat.

—st. Wien, 29. Dezember.

So wie das Jahr in Oesterreich begonnen, so endet es: mit einer Krise des Staates, mit der Obstruktion im Parlament. Am 9. Dezember 1901 stellte Herr v. Koerber den Abgeordneten die berühmte Frage: „Wie nun, wenn eine Regierung, und zwar die ernsteste und gewissenhafteste, im dringenden Interesse der Staatsnotwendigkeit an die Verfassung greift, greifen muß?“ Und er schloß mit der Mahnung: „Lassen Sie das Parlament nicht schuldig werden!“ Das Jahr ist um, und der Griff an die Verfassung wird zur Wirklichkeit. Vorläufig ein bescheidenes Taster, nur ein sechsmonatiges Budgetprovisorium mittels des § 14, aber immerhin ein unzweideutiger Verfassungsbruch. Ist nun die Regierung schuldig, indem sie den Paragraphen des Staatsgrundgesetzes mißbraucht, oder ist das Parlament schuldig geworden, indem es seine Pflicht zu erfüllen sich geweigert hat?

Nichts wäre verfehlter als das Problem der österreichischen Volksvertretung als eine isolierte parlamentarische Frage zu betrachten. Die Herrlichkeit, die Kopflosigkeit des Parlaments ist nichts anderes als das Abbild dieses Staates; der Ansturm der Parteien gegen das Parlament ist der getreue Ausdruck der Abneigung der Völker in Oesterreich gegen dieses unnatürliche Staatsgebilde, das nur leben kann, indem es den Völkern nationale Opfer auferlegt. Das ist der dialektische Prozeß des österreichischen Patriotismus: bald empfinden die Völker diesen Staat als Zwang und Druck, als eine Einrichtung wider ihr Bedürfnis nach nationaler Ausdehnung und Eroberung; das ist dann die Ebbe der Liebe zum Vaterland; bald wieder können sie sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß es für das Völkergemisch, das sich in dem Gebiet zwischen dem Erzgebirge und dem Adriatischen Meer angehäuft hat, keine staatliche Möglichkeit giebt, als in der Form des Nationalitätenreiches und nationlosen Oesterreich; dann sieht der Patriotismus wieder auf der Tagesordnung. Diese zwei Empfindungen, die der Oesterreicher gegenüber seinem Staatswesen besitzt — in denen sich die Völker und in denen sich jedes Volk abspiegelt — entspricht die Bewegung im Parlamente: bald ist es so krank, stoch und elend, daß an ein Austersehen niemand mehr hofft, und bald speit es die Gesetze förmlich heraus, die größten, schwersten und umfanglichsten, so daß jede Gefahr für sein Leben geschwunden zu sein scheint. Im Dezember vorigen Jahres stand das Parlament, wie der Ministerpräsident sagte, „am Rande des Abgrundes“, und es bedurfte der regelrechten Staatsstreichführung, um nur das formale Budgetprovisorium rechtzeitig herauszubringen. Das war in demselben Jahre, in dem die großen Investitionspläne, die neuen Alpenbahnen und die Kanäle, spielend durchgeführt waren! Aber so wie die Stodung gekommen war, scheinbar ohne Grund und ohne Ziel, so verschwand sie wieder; und die heurige Frühjahrsession gehörte zu den an legislativer Arbeit fruchtbarsten Zeitabschnitten des österreichischen Reichstages. Und nun wird das Abgeordnetenhaus im Herbst wieder verammelt, tagte zwei Monate, und das Ergebnis ist — der § 14! Das Eigentümliche dieses parlamentarischen Zustandes liegt darin, daß Gesundheit und Krankheit des Abgeordnetenhauses, seine Arbeitsfähigkeit wie die Obstruktion, immer unverkennbarer als Zufall auftreten. Auch die Obstruktion ist kein willkürliches parlamentarisches Kampfmittel; auch sie kann wie jede politische That der inneren Notwendigkeit nicht entbehren; sie ist dann, wenn sie sein muß. Kann man das auch von der Obstruktion im österreichischen Abgeordnetenhaus behaupten? Jetzt treiben die Jungzechen Obstruktion und warum? Weil man im Jahre 1890 die von Baden erlassenen Sprachverordnungen aufgehoben hat! Ist es also so, daß sie Obstruktion treiben müssen, daß sich ihnen dieses letzte Kampfmittel als unabweisbar aufdrängt? Das wird niemand glauben wollen; ein Nach- oder Gegenüberstellungsbedürfnis, das sich drei Jahre lang Zeit läßt, das Ausrechnen der Zeit und der Dinge noch zuläßt, das ist mit nichts eine solche Notwendigkeit, daß es die Rechtfertigung in sich trägt. Die Obstruktion ist in Oesterreich kein Mittel, ein Gesetz aufzuhalten, auch keines, womit man eine bestimmte Regierung bekämpft, die Obstruktion ist hier nichts anderes als der Ausdruck des Widerwillens gegen den Staat. Was hat die jungzechen Obstruktion erreicht? Nichts, als daß zu den 88 unerledigten § 14-Verordnungen eine mehr gekommen ist. Was die jungzechen Obstruktion erreicht hat — nein, man kann auch fragen, was sie erreichen wollte? Nichts anderes als dem Staat die Macht der Zechen fühlbar zu machen! Die Obstruktion ist ein Mittel der Chikane.

Wird es im nächsten Jahr besser werden, da das Parlament einen Haufen der schwersten Arbeiten zu erledigen haben wird? Will man die Frage beantworten, so muß man unterscheiden zwischen der Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu bestimmten Zwecken und der dauernden Gesundheit. Mit den Kunstgriffen der modernen Medizin ist selbst ein Sterbender für einen Augenblick zu beleben, und so mag es sein, daß der listige Koerber die Erkrankung des Hauses für eine kurze Spanne Zeit überwinden und es tauglich machen wird, die beschäftigten Staatsnotwendigkeiten zu stande zu bringen. Obwohl auch diese Hoffnung nicht groß ist und Koerber immer deutlicher am Ende seines Weges ankommt. Aber daß die Krise, die das gesamte Habsburgerreich erfasst hat und es nun in allen Beziehungen und Verhältnissen erschüttert, zur Heilung führen könnte, das können nur noch berufsmäßige Patrioten glauben. Der Dualismus, die Gemeinsamkeit mit Ungarn, ruht heute ganz ausschließlich auf den zwei Augen des alten Kaisers; wenn die zwei Ministerpräsidenten nicht einem höheren Willen gehorchten, sie hätten diese ewigen Verhandlungen, die sie nun sogar persönlich lächerlich machen, wohl längst abgebrochen. So lange Franz Joseph lebt, wird die Leitha Zollschranken nicht

sehen; kommt aber an die Stelle dieses durch die bösesten Erfahrungen gezwungenen Monarchen ungezügelter Agilität ans Ruder, dann schlägt dem Dualismus wohl rasch die Lotenglocke. Und was das Innerösterreich betrifft, so ist es allerdings wahr, daß der moderne Industrialismus der utopistischen Schwärmerie für die „Königreiche und Länder“ den Garaus gemacht hat, daß die Parteien, die von ihm aus ihren Ausgang nehmen: die kapitalistische Bourgeoisie und das industrielle Proletariat, ein großes Wirtschaftsgebiet brauchen und dadurch die verstaubten Sonder- und Staatsrechte austrotten werden, aber es ist auch wahr, daß die politischen Privilegien, die das gegenwärtige Wahlrecht dem Bürgertum giebt und dem feudalen Adel erhält, eine natürliche Klassenbildung unmöglich machen, dem nationalen Chauvinismus über alle realen Interessen, auch über die ernsthaften nationalen, das Primat verschaffen. Von zwei Quellen wird der österreichische Jammer genährt: einerseits von dem dualistischen Verhältnis, das die Krone zwingt, die Parteien in Oesterreich für die Zwecke der Grobmacht zu gebrauchen, sie ihnen durch nationale Konzessionen dienstbar zu machen, und andererseits durch das Wahlrecht, welches den von den ökonomischen Interessen losgelösten Teilen des Bürgertums ermöglicht, die nationalen Ideologien zum verunftlosten Chauvinismus aufzupeitschen und für eine Politik der hohlen Phrasen, des sinnlosen Lärms einzufangen. Oesterreich braucht also, um zu gefunden, eines zweifachen Kaiserschnitts: einerseits muß es auf seine Höhe gestellt werden und den formumpierenden Einwirkungen des Grobmachtswahns entzogen werden, andererseits müßten die Burgen des Chauvinismus, die Kurien des Unrechts und Vorrechts, niedergebissen und das gleiche Recht als regulierender Faktor gesetzt werden. Wo ist aber der Kaiser, der diesen Schnitt wagt? Auch nächstes Jahr wird die nötige Operation unterbleiben, und Fortwursteln wird auch weiterhin die Parole sein.

Das Jahr ist um, und alle Sorgen schleppen wir ins neue Jahr hinüber. Der Ausgleich, dessen wichtigster Teil: das Zoll- und Handelsabkommen, die Voraussetzung für den Abschluß neuer Handelsverträge bildet, ist noch nicht einmal zwischen den Regierungen vereinbart, und die Verhandlungen der „allerletzten“ Verhandlung, zu der Herr v. Szell heute nach Wien gekommen ist, sind alles andere, nur nicht tröstlich. So schlimm stehen die Dinge, daß es gar nicht ausgeschlossen ist, daß ein Jahr dauernden Verhandlungen förmlich mit einem regelrechten Bruch, dem Demissionsanerbieten beider Regierungen enden. Wenn auch dieses Anerbieten nur ein theatralischer Coup wäre — denn daß der Starren aus dem Sumpfe nur von denen herausgebracht werden kann, die ihn hineingeführt haben, daß nun, im letzten Augenblick, keine anderen Regierungen zu einem Vergleich kommen können als die, die sich in so vielen Punkten schon verständigt haben, liegt auf der Hand —, so zeigt es doch, welchen Schwierigkeiten der Ausgleich erst in den Parlamenten entgegensteht. Man darf eben nicht vergessen, daß auch der Widerstand in Ungarn durch eine eminente Kraft fundiert ist: durch das immer stürmischer aufstrebende, immer umfassender werdende Begehren nach der vollen staatlichen Selbstständigkeit, die heute durch das Verhältnis mit Oesterreich — in der That sache begrifflich gemacht: daß der König außerhalb des Landes wohnt — so mannigfach verknüpert ist. Der Dualismus macht das Parlament in Wien ebenso wie in Budapest unbeweglich: denn in den einschneidendsten Fragen, in den wichtigsten Belangen ihrer Befugnisse — Militarismus, auswärtige Fragen, Helliaris, Postwesen, indirekte Steuererhebung — können sie nichts anderes sein als die Exekutivorgane der Vereinbarungen der Minister. Unter den Gründen, weshalb ebenso wie in Oesterreich auch in Ungarn die Obstruktion so leicht ausbricht, die normale Parteithätigkeit eigentlich nur eine Unterbrechung der Obstruktion ist, wirkt nicht zum mindesten die Erkenntnis, daß die Parlamente in allen wichtigsten Angelegenheiten des ihnen zustehenden Einflusses beraubt sind. Sie können die Abmachungen der Regierungen hereden, aber ändern können sie an ihnen nichts. Annehmen oder stehen lassen: das ist für Parlamente ein böses Dilemma, und in Oesterreich-Ungarn ist es die Regel — die Norm, auf der die dualistische Form so beruht, daß die leiseste Störung, der geringste Widerspruch der Parlamente sie ins Wanken bringt. Unnatur ist aber auf die Dauer nicht haltbar.

Ein Staat stirbt weder über Nacht, noch wird er plötzlich gesund. Man kann ihn weder durch freie That, und sei sie noch so stark und kühn, reformieren, noch kann er so in eine Sackgasse geraten, daß er darin stehen bleibt. Wird das Parlament weiter verlagert, so wird der bekannte Rothfuchs, der Regierungsabsolutismus, das Werk vollenden. Ueber den Berg wird man müssen: entweder das Parlament schleppt die notwendigen Dinge hinüber, oder es wälzt die Regierung sie mit einem Ruck hinan. Aber das Problem Oesterreich wird bleiben, und die Zeit kann kommen, wo es die Ruhe Europas ernstlich erschreckt. Im Hintergrunde bereiten sich fiese Dinge vor, und die Möglichkeit, von der Bismarck in seinen „Gedanken“ redet: daß der österreichische Hof in die Hände der Amerikaner fallen könnte, rückt immer deutlicher näher. Der Neo-Merikalismus der Luegerseite findet nirgends so begeisterte Zustimmung wie in den Kreisen derer, die da kommen werden; Luegers Glück, das bereits den Papst versührt hat, wirkt und lockt auch in des Thrones Nähe. Ein Adel, der ganz Kaste ist, halb Oligarchie, halb Hofkaleitum; ein Bürgertum, das durch die nationalen Verfeindlichkeiten gespalten und durch den nationalen Selbsthass zerstückelt ist; alles zukunftslos und entwicklungsarm! Eine Hoffnung bleibt wie in allen Ländern: die Arbeiterklasse, die durch Erkenntnis ihrer Ziele einträchtig verbunden den Fels darstellt, an dem sich die Schlammflut der liberalen Renaissance brechen wird. Ein Jahr der Kämpfe war's, dem auch bittere Enttäuschungen nicht gemangelt haben, aber ungebeugt und nicht entmutigt überschreiten die Arbeiter in Oesterreich die Schwelle des Jahres, das alles Elend vertrauensvoll macht, neue Kämpfe entfesseln wird. Düstter ist die Zeit

im Donaulande, den politischen Wirren hat sich schwere wirtschaftliche Not zugesellt, aber das Dämmern des neuen Tages weist auch hier Weg und Ziel. —

### Ministerkrise.

Der „Wiener Lloyd“ meldet: Die Wiener Ausgleichsverhandlungen sind als gescheitert zu betrachten. Nachdem beide Regierungschefs eingesehen haben, daß es aussichtslos sei, ein Uebereinkommen bezüglich der noch vorhandenen Streitpunkte zu erzielen, haben sie die Konferenzen abgebrochen.

Wien, 30. Dezember. Ministerpräsident v. Koerber wurde wie die „Neue Freie Presse“ meldet, heute vormittag von dem Kaiser empfangen, welcher die angebotene Demission ablehnte. Auf Veranlassung des Kaisers versammelten sich um 11 Uhr beide Ministerpräsidenten und die Finanzminister unter Vorsitz des Kaisers zu einer Beratung.

Budapest, 30. Dezember. Das ungarische Korrespondenz-Bureau“ meldet aus Wien: Die heute vormittag unter dem Vorsitz Kaiser Franz Josephs stattgehabte Ministerkonferenz nahm 1 1/2 Stunden in Anspruch. Vor dieser Beratung hatte Ministerpräsident von Szell mit dem Finanzminister von Dulacs und dem Ministerialrat Popovics eine halbständige Konferenz. Um 2 Uhr nachmittags erschienen der Ministerpräsident von Koerber und der Finanzminister Böhm von Bawerk im Hotel, wo Ministerpräsident von Szell und Finanzminister von Dulacs abgestiegen sind, und traten mit ihnen zur Beratung zusammen.

Budapest, 30. Dezember. Die Beratung dauerte bis 1/4 Uhr und hat kein Resultat ergeben. Finanzminister v. Dulacs ist mit dem Nachmittagszuge abgereist. Ministerpräsident v. Szell, der an einem von Grafen Lambsdorff veranstalteten Galadiner teilnimmt, begiebt sich mit dem Nachtzuge nach Budapest zurück.

Ein Privat-Telegramm der „Wienschen Zeitung“ meldet: Der Kaiser nimmt das Entlassungsgesuch nicht an und verlangt die Fortsetzung der Verhandlungen. Koerber erklärt, unter keiner Bedingung nachgeben zu können. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Dezember.

#### Offizielle Irreführung.

Als die Genossen Heine und Seidel in der Reichstags-Sitzung vom 22. November eine Anzahl von Fällen unbegründeter Verhaftung und ungehöriger Behandlung verhafteter Personen zur Sprache brachten, da muhten die Vertreter der Reichsbehörden unter der Wucht dieser Thatfachen und der allgemeinen öffentlichen Entrüstung klein beigeben und der Staatssekretär Dr. Rieberding sagte in feierlichem Tone:

„Der Herr Reichsanzwiler — ich habe das hier ausdrücklich zu erklären — verwirft und verurteilt nachdrücklich und entschieden jeden amtlichen Uebergriff, der gegenüber Personen erfolgt, die das Unglück haben, in Verdacht zu geraten, ganz besonders gegenüber einer Person, die in die traurige Lage gerät, zeitweilig der Freiheit verlustig zu gehen. Der Herr Reichsanzwiler verurteilt derartige Uebergriffe jeder Art, ob kleine oder große, ob von gerichtlichen Behörden oder Verwaltungsbehörden begangen, ob ausgegangen von höheren Beamten oder von unteren Organen, ob begangen aus Nachlässigkeit, Schlenndrian, Taktlosigkeit oder aus Ueberzeugung, Dünkel, Unwissenheit. Unter allen Umständen bleibt ein derartiges Verhalten der Beamten ungehörig, da es der Rechtspflege nichts nützt, da es die Autorität des Staates schädigt!“

Seitdem sind einige Wochen ins Land gegangen und man glaubt wohl an gewisser Stelle, das Gedächtnis des Publikums für die skandalösen Vorfälle, die zu der socialdemokratischen Interpellation führten, sei hinlänglich abgeschwächt, um nun einen Vorstoß gegen die Interpellanten zu erlauben, die sich — sehr zum Reize anderer Parteien — das Verdienst erworben hatten, in die Geheimnisse der Polizei und des Gefängniswesens mit der Fackel der Wahrheit und des Rechts hineinzuleuchten. Nur als solche Spekulation auf die Vergesslichkeit der Menschen kann es angesehen werden, wenn die preussisch offizielle und ministerielle „Berliner Korrespondenz“ in einem Artikel vom 27. November an einigen Einzelheiten der Ausführungen des Genossen Heine herumäffelt und dadurch den Eindruck zu erwecken sucht, als ob sein Material unguerdlich gewesen wäre.

Katzenlich reitet sie wieder den alten, schon von Dr. Rieberding vorgefährten Gaul vor, daß der Braunschweiger Kaufmann Lampe den Erlaß des Haftbefehls durch wiederholte Terminversäumnisse und unzureichende bzw. verspätete Entschuldigungsverweise selbst verschuldet hätte. Das aber verschweigt der Berliner Offiziosus, daß trotzdem das Oberlandesgericht den gegen Lampe erlassenen Haftbefehl aufgehoben hat, daß der Abgeordnete Heine an diesem Falle hauptsächlich die Behandlung Lampes in der Haft gerügt, und daß mit Bezug hierauf der Staatssekretär Dr. Rieberding ausdrücklich erklärt hatte, es sei „nicht alles so zugegangen, wie es den Dienstvorschriften und dem Gesetze gemäß sein sollte“.

Die „Berliner Korrespondenz“ behauptet dann, in einigen der von Heine angeführten Fälle werde der Vorwurf der Grundlosigkeit und Ungefährlichkeit der Verhaftung lediglich aus der später erfolgten Freisprechung des Verhafteten hergeleitet, man könnte aber dem Richter keinen Vorwurf machen, wenn er besaßene Angaben im Vorverfahren bei Erlaß des Haftbefehls für zuverlässiger hielt, als sie sich später im Hauptverfahren bewährten. Auch das ist eine Irreführung. Der Abg. Heine hatte in erster Reihe eine Anzahl Fälle angeführt, in denen Polizeibeamte teils völlig unbegründete, teils mindestens zweifelhafte Verhaftungen vorgenommen hatten, darunter Fälle, in denen die verhafteten Beamten selbst offenbar Parteigenossen waren, oder in denen sie eine völlige Unkenntnis des Gesetzes oder ihrer Instruktionen bewiesen hatten. Deshalb widerlegt die „Berl. Korresp.“ keine dieser Ausführungen?

Weshalb beschränkt sie sich darauf zu erklären, es sei unrichtig, daß in einem dieser Fälle der Vorsitzende des Schöffengerichts das Vorgehen der Polizei als „geradezu unerhört und skandalös“ bezeichnet habe, und teilt sie nicht lieber mit, wie sich denn der Richter wirklich darüber ausgelassen hat? Allerdings hätte Heine den Grund dieser Uebelsünde in der Geflohenheit der Gerichte gesucht, viel zu leicht auf die Angaben von Polizeibeamten hin eine Verhaftung zu verhängen; dafür ist es aber ein sehr erheblicher Beweis, wenn dieselben Gerichte, die in der Hauptverhandlung zur Freisprechung kommen, vorher die Haft angeordnet hatten. Es ist eben mehr Vorsicht und Mißtrauen bei Gelaf des Hoffbefehls am Plage.

Die „Berliner Korrespondenz“ erreicht den Gipfel einer irreführenden Polemik mit folgendem Satze:

„Wichtig ist, daß eine viermonatige Strafhaft des Redakteurs Morawski in Weutben durch Vollstreckung einer Unteruchungshaft unterbrochen worden ist. Diese Unteruchungshaft ist angeordnet worden, nachdem Thatsachen bekannt geworden waren, welche die Annahme rechtfertigten, daß die Strafhaft gemißbraucht worden sollte, um die Ueberwachung der Korrespondenz des Verhafteten mit dem Verteidiger zu vereiteln und die Zwecke der Unteruchung zu gefährden.“

Die Thatsache, daß die Haft Morawskis durch die Anordnung der Unteruchungshaft um fünf Monate verlängert worden ist, wird also zugegeben. Das übrige ist eine denunziatorische Verdächtigung gegen den Genossen Heine, der Morawskis Verteidiger war. Wie leicht sie aus der Luft gegriffen ist, erhellt schon daraus, daß, wie wir festgestellt haben, Genosse Heine von der Vorunteruchung gegen Morawski erst gehört und seine Verteidigung erst übernommen hat, nachdem Morawskis Strafhaft bereits unterbrochen und er in Unteruchungshaft genommen, auch die Vorunteruchung schon geschlossen war. Es bleibt ein Geheimnis der „Berliner Korrespondenz“, wie unter solchen Umständen der Unteruchungsrichter bei Verhängung der Unteruchungshaft Thatsachen gekannt haben soll, aus denen hervorging, daß die Strafhaft zu einer unerlaubten Korrespondenz mit dem Verteidiger, der noch garnicht vorhanden war, mißbraucht werden sollte. Uebrigens müßten solche Thatsachen nach § 112 der Strafprozessordnung altenkundig gemacht worden sein. Weshalb führt die „Berliner Korrespondenz“ sie nicht an? Es ist überflüssig zu sagen, daß weder damals noch später der Verteidiger Anlaß zu solchen Beschuldigungen gegeben hat. Interessant wäre es nur, zu erfahren, bei wem die Quelle dieser Verdächtigungen zu suchen ist.

Die Spekulation der „Berliner Korrespondenz“ auf die Kurzlebigkeit des Interesses an politischen Einzelfällen wird schon deshalb verfehlt sein, weil inzwischen schon neue Fälle von Verhaftungen gemeldet worden sind, die das bestätigen, was unsre Genossen im Reichstage ausgeführt haben, daß nämlich das ganze bürokratische System die Schuld an solchen Auswüchsen trägt, und daß deshalb auch die bestgemeinten Versprechungen von Ministerische aus Wiederholungen solcher Vorfälle nicht verhindern können. Wenn aber der Reichstag und der Staatssekretär Dr. Nieberding darauf Wert legen, daß man wenigstens an die Ehrlichkeit ihrer Zusicherungen und ihren guten Willen glaubt, so mögen sie ihren Einfluß auf die preussische Regierung geltend machen, daß sie den Kläffer der „Berl. Korresp.“ an die Kette legt. Denn was nützt es, daß die Reichsbehörden die Verechtigung der Beschwerden zugeben, wenn zugleich dem preussischen Offiziosus gestattet wird, das Kar Erweise von neuem zu verwirren?

#### Erzwungene Königstreue.

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die Stadtverwaltung von Dresden von den bei ihr angestellten Arbeitern das Bekenntnis der Königstreue unter der Drohung der Entziehung der kontraktmäßig festgestellten Vergünstigungen und der Entlassung aus dem Dienste zu erpressen beabsichtige. Diese erpresserische Absicht ist jetzt zur Thatsache geworden.

Es wird uns aus Dresden berichtet:

Eine Arbeiterordnung für die städtischen Arbeiter der Stadt Dresden wurde am Montag im Dresdener Stadtverordneten-Kollegium angenommen, nachdem fast alle Mitglieder sich als den Inbegriff sozialpolitischer Einsicht und als ein Werk gepriesen hatten, das geeignet sei, das Wasser von den Wäldern der Sozialdemokratie abzugraben. Da ein Arbeitervertreter in jenem Kollegium nicht ist, so war niemand da, der die Wohlthaten, die die Arbeiterordnung angeblich den 3500 städtischen Arbeitern bringt, als das bezeichnete, was sie in Wirklichkeit sind: als Wohlthaten-Einrichtungen kruppischer Art, bestimmt, die städtischen Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen ihrer Vorgesetzten zu machen.

Die Dresdener Arbeiterordnung, die am 1. April 1903 in Kraft treten wird, bringt wohl, wie der Oberbürgermeister stolz verkündete, den städtischen Arbeitern eine geringe Lohnzulage und Aussicht auf andre Vergünstigungen, wie Urlaub, Anbeldohn, Hinterbliebenen-Versorgung. Aber die Arbeiterordnung stellt die Gewährung der Vergünstigungen in das völlig freie Willkür des Stadtrats. Ja, noch mehr: der Arbeiter, dem alle diese Vergünstigungen nach zehnjähriger treuer Dienstzeit zu teil werden sollen, kann jeden Augenblick ohne Angabe des Grundes entlassen werden. Auch die Lohnzulagen haben verteuert wenig zu bedeuten, da die Arbeiterordnung keinen Mindestlohn festsetzt. Der Rat braucht bloß den Lohn zu reduzieren und die ganze Lohnzulage ist verschwunden.

Von den weiteren Schönheiten der Arbeiterordnung mag hervorgehoben werden, daß sie den Arbeiterschutz des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches beseitigt und daß der § 18 der Arbeiterordnung den städtischen Arbeitern verbietet, sich zu Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften zu vereinigen oder an solchen zu beteiligen. Um diese offensibare Entregung der städtischen Arbeiter etwas zu beredern, beschloßen die Stadtverordneten die nach 10jähriger Dienstzeit alle fünf Jahre vorzunehmenden Lohnzulagen von 30, 40, 50 M auf 60, 80, 100 M zu erhöhen. Mit dieser Lohnzulage bewilligten sich die Mittelstandsparteieller also gewissermaßen selbst ein Gefecht auf Kosten der Steuerzahler.

Lange Erörterungen rief der § 5 der Arbeiterordnung hervor, der vorzulesen: Die Erwerbung aller Vergünstigungen der Arbeiterordnung erfolge nach 10jähriger Dienstzeit, wenn der Arbeiter zu Protokoll das eidesstattliche Versprechen abgibt, dem Könige treu und gehorsam zu sein. Einige Stadtverordnete äußerten Bedenken, ob durch diesen Treueid nicht die Mittelstände grobgegraben werden könnten. Alle diese Bedenken zerstreute aber der Herr Präsident Kunath mit folgenden klaffischen Ausführungen: Meine Herren, dieser Paragraph hat eine sehr gute Seite. Nehmen Sie an, Sie sind Arbeitgeber und ein Arbeiter fällt Ihnen lästig. Es bietet sich nun kein Vorkand, den Mann zu entlassen, weil er keine Arbeiten pflichtgetreu und zufriedenstellend besorgt. Entlassen Sie ihn ohne Grund, so schreiben die sozialdemokratischen Zeitungen gleich über Ihre Verurteilung, wodurch Sie recht entstehen kann. Für diesen Fall ist nun der § 5 da. Sie lassen ermitteln, daß der Mann Sozialdemokrat ist, entlassen ihn wegen seines Treueidswurs als Heuchler und entlassen ihn auf der Stelle. Dieser Paragraph hält uns den Rücken frei.

Diese Beweisführung wirkte so überzeugend, daß der § 5 angenommen wurde.

Diese Dresdener „Arbeiterordnung“ ist ein Meisterstück schamloser Vergewaltigung sowohl der wirtschaftlichen als der politischen Rechte der städtischen Arbeiter.

Was allen andren Staatsbürgern gestattet ist, was den staatlichen Beamten selbst erlaubt ist und von diesen reichlich geübt wird, der Zusammenschluß zum Zwecke gemeinschaftlichen Bezuges besserer und

billigerer Lebensmittel, das wird den Arbeitern der Stadt Dresden verboten. Scheinbar bewilligt man diesen Arbeitern eine Lohnverbesserung, aber zugleich zwingt man sie, einen wahrscheinlich weit höheren Betrag, als ihnen die Lohnverbesserung giebt, an die Mittelstands-Kaufleute abzugeben, deren Interessenvertretung das Stadtverordneten-Kollegium in seiner großen Mehrheit bildet. Während selbst die arbeitserfindliche sächsische Regierung hat zugehört müssen, daß die Konsumvereine segensreich wirken, werden die überaus müßig gelohnten Arbeiter der Stadt Dresden von diesen segensreichen Wirkungen gänzlich ausgeschlossen.

Weit ungeheuerlicher noch ist die Bestimmung des § 5 dieser städtischen Arbeiterordnung.

In diesen Tagen des schwersen Ehekonfliktes im Hause der Bettiner rühnten die sächsischen „Ordnungsblätter“ maßlos die Anhänglichkeit der sächsischen Bevölkerung an das Königshaus. Durch nichts konnte ein entscheidender Gegenbeweis gegen solche Behauptung erbracht werden als durch den Zwang zum Bekenntnis der Königstreue, den die Dresdener Stadtbehörde den bei ihr angestellten Arbeitern auferlegt. Die sächsische Königstreue muß in ungeahntem Maße gefährdet sein, wenn man sie nicht anders noch erhalten und fördern zu können meint als durch die Bedrohung mit materiellen Nachteilen, mit Vernichtung der Existenz des Arbeiters. Bekennt Du Dich nicht als ein Königstreuer, so sollst Du verhungern!

Es mag sein, daß die infame Bestimmungshenkelei zu der man anständige Arbeiter verurteilen will, der Bourgeoisie weniger gemein erscheint. Eine Bourgeoisie, die das Maß ihrer Königstreue nach den Vorteilen bemißt, die ihr durch die Monarchie zugewendet werden, mag es nicht als unbillige Zumutung empfinden, daß die Arbeiter Mitschuldige ihrer elen Unwahrhaftigkeit werden sollen. Aber die Arbeiter empfinden diese Zumutung als das, was sie ist, als eine schmachvolle Vergewaltigung ihrer politischen Ueberzeugungen, als Zwang zur unwürdigsten, unmännlichen Heuchelei. Anrührend beugt sich der ehrliche Mann, unter dem Druck seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit, dem empörenden Joch.

Von der vorgesetzten Behörde der Dresdener Stadtverwaltung ist nicht zu erwarten, daß sie den Vertrag, der schamlos wider die guten Sitten verstößt, aufhebt. Doch die politischen Wirkungen solchen Vertrages werden nicht ausbleiben!

Es ist offen zugestanden, der Vertrag richte sich gegen die Sozialdemokratie. In Wahrheit wird der Vertrag gerade dem Königstum, das man schätzen will, schwersen Abbruch bereiten! Eine Staatseinrichtung, deren Sicherheit und Dauer auf der Freiwilligkeit ihrer Beamten beruht, muß Schaden leiden, wenn das Bekenntnis zu ihm durch Vergewaltigung und Bedrohung widerwillig erzwungen wird.

Es bedarf schließlich keiner besonderen Ausführung, daß die Abnahme eines „eidesstattlichen Versprechens“, wie es die Dresdener Stadtverwaltung fordert, keinerlei gesetzliche Verpflichtung in sich schließt. Die Dresdener Stadtverwaltungsbehörde hat keine Verechtigung, eidesstattliche Versicherungen im Sinne des Strafgesetzes anzuerkennen oder entgegenzunehmen, im Falle des Bruches eines solchen Versprechens ist jede strafgesetzliche Haftung ausgeschlossen.

#### Die Arbeiterpresse über das Laff-Bale-Urteil.

London, 27. Dezember. (Fig. Val.) Die gestern erschienenen Wochenblätter der verschiedenen Arbeiterorganisationen betrachten das Laff-Bale-Urteil als einen sehr gefährlichen Schlag gegen das britische Gewerkschaftswesen. Unter der Ueberschrift „Einengung der Grenzen“ macht die „Railway Review“ (Eisenbahn-Review), die offizielle Wochenchrift der Eisenbahn-Angestellten, folgende Bemerkungen: „Es ist zwecklos zu leugnen, daß das ungünstige Urteil gegen unsre Gewerkschaft der gefährlichste (the most serious) Schlag ist, der je dem Trades-Unionismus versetzt worden. Dieses Urteil ist die logische Folge des Lordenscheids, nach welchem eine Gewerkschaft verantwortlich ist für die ungesetzlichen Handlungen ihrer Beamten und Mitglieder, ganz gleich, unter welchen Umständen diese ungesetzlichen Handlungen ausgeführt wurden. Das heißt, der Lordenscheid erhält nunmehr diesen Sinn, wenn das Urteil gegen uns aufrechterhalten bleibt. Wir gestehen, daß im Urteile noch manche dunkle Punkte sind, die vielleicht später ihre Klärung finden werden. Allein unsre Hoffnung ist nach dieser Richtung hin nicht sehr groß. Die Trades-Unionisten müssen sich auf das Schlimmste gefaßt machen. . . . Denn abgesehen davon, daß die Special-Gewerkschaften, die zu solchen Prozessen berufen werden, einer Klasse angehören, die eine Jahresmiete von über 100 Pfd. Sterling zahlt, ist es müßig, ein unparteiisches Richterurteil in Prozessen zu erwarten, die die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital betreffen. Das Urteil vom 19. Dezember 1902 macht jeden Streit thatsächlich unmöglich.“ Die „Railway Review“ bringt eine Anzahl liberaler Freistimmen und bezeichnet die Ansichten der „Westminster-Gazette“ als die treffendsten. Es freut uns mitteilen zu können, daß die von der „Westminster-Gazette“ gemachten Bemerkungen inhaltlich mit der von uns im „Vorwärts“ veröffentlichten Auffassung übereinstimmen. Der Gedankengang ist derselbe.

Die „Clarion“ sagt: „Das Urteil zieht die Grenzen des Gewerkschaftslebens so enge, daß eine Uebertretung unvermeidlich ist. Die Gewerkschaftsführer werden der Verantwortlichkeit nicht mehr ausweichen können. Man darf nicht mehr „blackleg“ (Streifbrecher) rufen; es ist verboten, die Arbeitswilligen zum Anschluß an den Streik zu überreden. Den Streitenden bleibt nur übrig, die Fabrik zu verlassen und ruhig zuzusehen, wie ihre Plätze durch andre Arbeiter besetzt werden.“

Der „Labour-Reader“ meint, der Prozeß habe eine historische Bedeutung und müsse einen ungeheuren Einfluß auf die weitere Entwicklung der Arbeiterorganisationen ausüben.

Die Ansichten der „Justice“ entsprechen vollständig denen des „Vorwärts“.

In einer längeren Unterredung, die ich heute mit einem Vertreter der Eisenbahn-Angestellten hatte, wurde mir erklärt, daß die Prozeßkosten beider Parteien sich auf 20000 Pfund Sterling (400000 Mark) belaufen. Die Beamten glauben, daß die nächste Gerichtssitzung erst gegen Ende Januar oder Anfang Februar stattfinden und daß der Richter die Befreiung des Schadensersatzes verschließen werde, bis der Prozeß durch alle Instanzen hindurchgegangen ist. Dies ist wenigstens der Wunsch der verurteilten Gewerkschaft. Ich erkundigte mich ferner nach der Stimmung in Gewerkschaftskreisen, worauf mir erklärt wurde, daß das politische Bewußtsein im raschen Wachsen begriffen sei. Jedoch werden es die Gewerkschaften noch einmal mit der liberalen Partei verhandeln, das heißt, sie bereiten sich vor, der liberalen Partei eine Arbeiterpolitik aufzudrängen; gelingt dies nicht, so soll diese Partei vernichtet und Platz gemacht werden für eine selbständige Arbeiterpartei.

Dies ist allerdings leichter gesagt als getan. Die britische Bourgeoisie ist noch lange nicht am Ende ihres Lateins. Es ist leicht möglich, daß der nächste Gewerkschaftsprozess — es schweben deren einige — zu Gunsten der Arbeiter entschieden wird, um sie wieder zu beruhigen. Das britische Kapital wird sich wohl hüten, den Trades-Unionismus, der England vor dem Socialismus schützt, ganz zu vernichten. Das Laff-Bale-Urteil ist viel mehr eine Peitsche als eine Guillotine. —

#### Die marokkanischen Wirren.

Die Lage des Sultans von Marokko erscheint nach den neuesten Meldungen als eine thatsächlich verzweifelte. Er soll einen Ausfall aus Fez versucht haben, um durchzubrechen, aber zurückgeschlagen worden sein. Er ist aber eingesperrt und der Belagerung ausgesetzt. Nach einer Reuter-Meldung hat er sich mit aller verfügbaren Artillerie und Munition in Fez in seinen Palast zurückgezogen, der aus Besorgnis vor einem Angriff der Aufständischen — die Stadt stark bebarilladiert worden sei. Die Bevölkerung der Stadt wird sich voraussichtlich dem siegreichen Präidenten anschließen. Die europäische Bevölkerung soll sich in Sicherheit befinden, so daß für die Mächte kein unmittelbarer Anlaß zum Eingreifen vorliegt.

Die Mächte beobachten dem auch einseitigen große Zurückhaltung. England und Frankreich haben einer Madrider Meldung der „Agence Havas“ zufolge der spanischen Regierung die Mitteilung zugehen lassen, daß sie eine überstürzte Einmischung in die marokkanischen Verhältnisse für unangebracht halten und daß sie lediglich den status quo aufrecht erhalten wollten, selbst wenn der jetzt regierende Sultan entthront würde und der Thronfolger an die Regierung gelänge.

„Daily Telegraph“ schreibt, allerdings mit Rücksicht auf Englands vitale Interessen im Mittelmeer dürfte dieses nicht zusehen, wenn irgend eine Seemacht eine Operationsbasis an der Küste von Marokko in Besitz nehme; England erkenne aber an, daß Frankreich eine fortwährende Anarchie im Falle eines Stoges des Präidenten unmöglich dulden könne. Der erste Schritt müsse daher sein, eine vertrauliche lokale Konferenz zwischen den drei zunächst beteiligten Mächten England, Frankreich und Spanien in die Wege zu leiten. Mit Rücksicht auf die Empfindlichkeiten, welche zum Unterschied von den Regierungen des französischen und das englische Volk beherzichten, dürfte es sich als rätlich erweisen, Spanien mit der Aufgabe zu betrauen, die Ordnung wiederherzustellen, während die Kosten der Exekution von den beiden reicheren Ländern getragen werden sollten.

Spanien selbst bereitet sich sogar anscheinend schon auf eine marokkanische Expedition vor. Die spanischen Zeitungen legen der Zusammenkunft des Königs mit den Ministern des Krieges und der Marine außerordentliche Wichtigkeit bei. Außer dem Kreuzer „Infanta Isabel“ sollen sich noch andre Kriegsschiffe bereit halten. In Malaga und Algeciras stehen 4000 Mann Infanterie und zwei Schwadronen Kavallerie zur Verstärkung der Garnisonen von Ceuta und Melilla bereit. Ferner hat sich nach einer Madrider Meldung Canalejas am Montag nach Tanger begeben, um sich an Ort und Stelle über die dortige Lage zu unterrichten. Immerhin kann von einem sofortigen Vorgehen keine Rede sein, da einer Aktion zunächst eine Einigung Englands mit Frankreich vorhergehen müßte. Immerhin ist es interessant, wie der gegenwärtige spanische Premier-Minister Silvela sich vor 17 Jahren über die marokkanische Frage geäußert hat. Damals machte er in einer Zeitschrift folgende Ausführungen:

Es wäre für Spanien das Beste, wenn der bestehende Zustand in Marokko aufrecht erhalten bliebe. Allein ein solcher Wunsch sei unerfüllbar. Denn die Verhältnisse in Marokko würden sich wahrscheinlich ganz plötzlich zum Guten und dadurch würde eine endgültige Lösung der marokkanischen Frage eingeleitet werden. Spanien sei zu schwach, um selbständig Einfluß auf die Entwicklung der dortigen Dinge auszuüben, es dürfe aber trotzdem nicht müßig bleiben, weil das Interesse und das Ansehen des Landes seine Mitwirkung erbeische. Um sich eine solche Mitwirkung zu sichern, müsse sich Spanien an Frankreich anlehnen, weil es bei Frankreich eine billige und vernünftige Berücksichtigung seiner besonderen Interessen erwarten dürfe. Frankreich seinerseits sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es, ohne die bedenklichsten Gefahren heraufzubeschwören, allein in Marokko nichts unternehmen darf; es müsse sich daher nach einem natürlichen Bundesgenossen umsehen, wenn es nicht die Absicht habe, ein internationales Abkommen abzuwarten und sich seinen Beschläßen zu unterwerfen, die sich jedenfalls nicht mit den Wünschen und Hoffnungen Frankreichs decken würden. Und dieser natürliche Bundesgenosse sei Spanien; einen besseren Nachbar als die Spanier könne Frankreich sich an der Grenze Algeriens nicht wünschen. Spanien würde der Ausdehnung Frankreichs im Innern Marokkos und der Verbindung mit dem Senegalgebiet absolut nichts in den Weg legen und sich mit der Erweiterung seines Gebietes um Melilla und Ceuta und den fruchtbarsten Ebenen an der Küste des Atlantischen Ozeans begnügen. —

#### Deutsches Reich.

##### Das Irrenhaus als Strafe für Ehebruch.

Ueber die Einsperrung ins Irrenhaus äußert der liberale „Hamburgische Correspondent“ eine geradezu gemeingefährliche Ansicht. Er bemerkt zu der Flucht der Kronprinzessin von Sachsen:

Für die Art, wie die Kronprinzessin diesen verhängnisvollen Schritt vollzogen hat, findet man aber auch dann keine Entschuldigung, und social betrachtet, ist eine furchtliche Frau, die in dieser Weise die Ehre ihres Gatten, ihrer Kinder und auch die ihres Landes mit Füßen tritt, eine geradezu abstoßende Erscheinung. Daß das Los älterer furchtlicher Ehebrecherinnen, die ja in der Geschichte der Höfe hin und wieder vorgekommen sind, die schuldige Frau geschredt hat, ist nicht zu verwundern. Unfers Erachtens bildet aber die schonende Unterbringung in irgend einer Heilanstalt oder eine fünfjährige Internierung eine verhältnismäßig milde Sühne für eine so ungeheuerliche Verletzung heiliger Pflichten.

Was das Blatt hier als „verhältnismäßig milde Sühne“ für einen Ehebruch bezeichnet, ist die Verübung eines schwersten Verbrechens, der Freiheitsberaubung, die in Fällen, wo sie eine Woche nicht überschreitet, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, sonst mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird; sind Beamte an solcher „Sühne“ beteiligt, so ist es eines der schwersten Amtsverbrechen. Solche ungeheuerlichen Verurteilungen zeigen aber, daß man in der That die Irrenhausgesetzgebung mit größeren Schutzgarantien umgeben muß, wie das jetzt der Fall ist.

Im übrigen: wenn man jeden furchtlichen Ehebruch — natürlich auch der Männer — mit dem Irrenhaus bestrafen wollte, so wäre das die radikalste Lösung der monarchischen Frage, gegen die wir nur aus humanen Gründen etwas einzuwenden hätten. —

##### Die Sorge um die Arbeitergroßen.

Die deutsche „Arbeitgeber-Zeitung“, das neugegründete Organ der Arbeitgeberverbände bringt in der Nummer vom 21. Dezember einen Artikel über die „Tributpflichtigkeit der Stuttgarter Holzarbeiter an den „Holzarbeiterverband“. Es heißt darin:

Nach den Abrechnungen des Stuttgarter Holzarbeiterverbandes haben die Mitglieder der Zahlstelle Stuttgart, deren Zahl von 1901 auf 1782 gesunken ist, in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902 an Beiträgen geleistet. . . . . 20 500 M.  
Zurückbezahlt an die Lokalfasse Stuttgart, wovon die Mitglieder auch nichts zu sehen bekommen, wurden . . . . . 6038 M.  
selbst empfangen hat ein Teil der Mitglieder wieder für Reise-, Notfall-, Streik-Unterstützung, Rechtshilfe zc. . . . . 1660 M.  
Zusammen 7 606 M.

So daß dem Moloch der Centrakasse verbleiben . . . . . 12 804 M.  
In der That ein schönes Zeugnis für den Opfermut der Arbeiter, wenn es gilt, Standesinteressen zu wahren und die Streikfasse zu speisen, die in der letzten Zeit aber leider fast ausschließlich an die Berliner Herren Kollegen der Stuttgarter Genossen ausgeschüttet werden mußte. Eigentümlich mühte die Bezeichnung umgekehrt lauten: Berliner Genossen und Stuttgarter Kollegen, da die Berliner, nicht die Stuttgarter „genossen“ haben. Empfingen doch die Berliner allein im 2. Quartal 1902 (vom 1. April bis 30. Juni 1902)  
an Gemahregelien-Unterstützung . . . . . 2 611 M.  
an Streik-Unterstützung . . . . . 17 391 „  
an Agitation und sonstigen Ausgaben . . . . . 69 950 „  
an Notfallunterstützung, Anzugskosten und Rechts-  
schutz . . . . . 1 362 „  
91 844 M.

Sage und schreibe: Einundneunzigtausend dreihundertvierundvierzig Mark, worunter allein rund Siebzigtausend Mark in drei Monaten für Agitation. Wenn da die Augen in der „Provinz“ noch nicht aufgehen, der hat keine mehr!

Um das Bild der „Leistungen“ des Holzarbeiterverbandes zu vervollständigen, entnehmen wir der Seite 396 des obigen Blattes noch die interessante Thatsache, daß laut Abrechnung der Hauptkasse der diesjährige Verbandstag des Holzarbeiterverbandes in Mainz die Summe von 11 870,59 M., hauptsächlich: Elfthausend achthundertneunundsiebzig Mark 59 Pf. verschlungen hat — ohne wohl mehr als, wie gewöhnlich, einige Zukunftswechsel bei guter Tafel und etwas „Vollsgetränk“ ausgekostet zu haben. Wenn das die Arbeitgeber sich erflehen würden? „Ja, Genosse, das ist ganz was andres.“

Diese „interessante“ Zusammenstellung ist der Abrechnung des Holzarbeiterverbandes für das 2. Quartal entnommen, die in der „Holzarbeiter-Ztg.“ vom 30. November veröffentlicht wurde, also zur Kenntnis jedes Mitgliedes gekommen ist. „Interessant“ für die geistige Verfassung der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist allerdings der Wink, daß die Stuttgarter Zahlstelle dem Verbande „tributpflichtig“ sein soll. Der Verband erhebt Beiträge wie jede andre Vereinigung und wie jede Zwangsvereinigung, nur mit dem Unterschiede, daß in den Zwangsvereinigungen die Meister gezwungen werden, Beiträge zu zahlen, während der Verband durch Urabstimmung die Mitglieder über die Höhe der zu zahlenden Beiträge bestimmen läßt. Diese Beiträge werden nach Abzug der Kosten für die Lokalführung an die Hauptkasse abgeliefert, die nun ihrerseits alle Kosten trägt, die in einer der 593 Zahlstellen des Verbandes, sei es durch Streik, Mahregelung, Umzug der Mitglieder bei Todesfällen, bei Mahregelungen, für Agitation zc. entstehen. Von einer Tributpflicht kann bei den Preklofen der Unternehmerpresse gesprochen werden.

Der „Tribut“ soll nur deshalb geleistet werden, damit die Berliner Herren „genossen“ können, und zwar in einem Vierteljahr 91 844 M., darunter 69 950 M. für „Agitation“. Gewiß eine schöne Summe in einem Vierteljahr. Aber wenn nötig, wird noch mehr ausgegeben, wenn es gilt, die von den Unternehmern geplante Verschlechterung der Lage der Arbeiter zurückzuschlagen. Die 17 000 resp. 20 000 M. für Streik- und Gemahregelien-Unterstützung wurden gezahlt, um die von den Innungsgrößen den Meistern vorgeschriebene Lohnreduktion zu vereiteln, und die 70 000 M. für „Agitation“ wurden, wie auch aus der Fußnote der Abrechnung zu ersehen ist, von dem Artikelschreiber aber unterschlagen wurde, einzig und allein nur für Unterhaltung an die Arbeiter-Losen gezahlt, die infolge der rückwärts Bestimmung der Holz-Industriellen und des Innungsvorstandes, daß ohne Entlassungsgeld keine Arbeiter in Arbeit genommen werden dürfen, existenzlos auf der Straße lagen. Der Kampf gegen den Innungsmaßstab hat nicht nur 69 000 Mark, sondern so ziemlich dreimal so viel gekostet. Jedenfalls hat der Holzarbeiter-Verband den „Arbeitgeber-Agitatoren“, die im Nebenamt doppelt so hoch dotiert werden wie ein angestellter Arbeiterbeamter, gezeigt, daß er auf keinen Fall seine Mitglieder unter die Botmäßigkeit der Arbeitgeber zwingen läßt.

Aus der Abrechnung ist auch ferner zu ersehen, daß die Berliner Zahlstelle in einem Vierteljahr allein über 65 000 M. aufbrachte, also sehr wohl Opfer für den von ihr geführten Kampf zu bringen bereit ist.

Eine weitere „interessante“ Thatsache ist für den Artikelschreiber die Höhe der Kosten für den Verbandstag in Mainz.

Daß Verbände, die in einem halben tausend Städten Mitglieder haben, Generalversammlungen abhalten müssen, so gut wie die Innungen alljährlich Innungstage abhalten, könnte auch der Schreiber obiger Notiz wissen. Und daß die Höhe der Kosten von der Zahl der Delegierten und der Dauer der Tagung eines solchen Verbandstages abhängt, kann jeder ermitteln, der die vier Species gelernt hat. In Mainz waren 92 Vertreter anwesend, die aus allen Ecken Deutschlands entsandt waren. Die Beratungen nahmen 8 Tage in Anspruch, hierzu kamen die Resttage. Da nun die Arbeiter keine Rentiers sind, müssen sie Reisegeld, Fahrgehalt und Ertrag des Lohnausfalls haben. Einbegriffen sei ferner in der Summe die Ausgabe für Drucksachen zc. und der Artikel schreibende Holzindustrielle oder sein Intendant wird also „bereden“ können, wie diese interessante Thatsache zu einem ganz selbstverständlichen Vorgang zusammenschrumpt. Bügen wir noch hinzu, daß diese Kosten auf das einzelne Mitglied umgelegt, pro Mitglied für 2 Jahre 17 Pf. beträgt. Die Gesamtkosten würden aber kaum zureichen für die Honorierung eines einzigen Aufsichtsrats-Mitgliedes einer Aktiengesellschaft, der ein paar-mal im Jahre ein paar Stunden in einer „Sitzung“ — schläft. —

Warum die Junker sich „einigten“ hat Herr v. Kröcher am Sonntag in Pölsberg in einer Versammlung der Konservativen und des Bundes der Landwirte erzählt: Er persönlich sei es, der in erster Linie die Verantwortung dafür trage, daß die große Mehrheit der konservativen Parteien für den Antrag Nordhoff gestimmt habe. Es sei spät am Abend des 25. November gewesen, da habe es geheißen: das Centrum und die Nationalliberalen machen nicht mehr mit. In einer Fraktionsitzung hatten Graf Limburg und v. Normann ihren Standpunkt auf das energischste vertreten, waren aber nicht durchgedrungen. In großer Erregung, mit roten Köpfen hätten sie darauf die Sitzung verlassen mit den Worten: wenn die Herren nicht nachgeben wollen, dann ist alles aus. In dieser Nacht und am andern Morgen habe er, Abg. v. Kröcher, die beiden Herren gefragt, was denn werden solle. Es sei ihm gesagt worden: wenn wir nicht die Bindung der Viehzölle und Herabsetzung der Industriezölle durchbekommen, dann geben wir es auf. Das habe er darauf den maßgebenden Persönlichkeiten in der Regierung vorgebracht. Darauf hätten diese Herren gesagt, sie würden auf die Herabsetzung der Industriezölle vielleicht eingehen, die Bindung der Viehzölle sei ausgeschlossen. Nur sei ihm zugesagt worden, daß, so lange die Seiden im Auslande herrschen, die Sperre bestehen bleibt. „Auf diesem Wege habe ich dann die ganze Sache zusammengebracht.“

Aus dieser Auslassung geht hervor, wie lächerlich das Gerücht ist, daß die „Obstruktion“ die Einigung veranlaßt hat. Herr Kröcher hat den Grund angegeben: Seine Ueberzeugung, daß der nächste Reichstag nicht agrarischer sein werde. Außerdem ist es wichtig, daß

die Regierung den Junkern statt des Viehzölle für Vieh die Sperre versprochen hat, die schlimmer ist als die höchsten Zölle!

In der Versammlung war auch Herr Diederich Hahn erschienen, der erklärte, die Bündler dächten gar nicht daran, die konservativen Karddresler zu belämpfen. Das Zugeständnis des Theaterlärms! —

Die Zukunft auf dem Wasser. Obwohl alle finanziellen und politischen Voraussetzungen, auf denen die Annahme der letzten Flottenvorlage beruhte, jammertlich zu Schanden geworden sind, denkt die Marineverwaltung gar nicht daran, die Schiffsbauten einzuschränken. Der Arbeitervertrag des Volkes wird nach wie vor munter ins Wasser geworfen.

Nach den „N. N.“ werden im Marine-Etat für 1903 an ersten Raten zu neuen Schiffsbauten gefordert zwei Linienfahrer, einen großen Kreuzer für „Erzaj Deutschland“, zwei kleine Kreuzer und eine Torpedobootdivision.

Und das Centrum macht natürlich alles mit, obwohl die durch die Flottenvorlage verbesserten indirekten Steuern auf Lebensmittel unmittelbar vor der Thür stehen. —

Vom Glanz der Reichsfinanzen. Die Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat in den ersten 8 Monaten des laufenden Etatsjahres 316,1 Millionen Mark oder 1,9 Millionen Mark weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Die Zundersteuer weist ein Ueberschuss von 5,7 Millionen, die Brausesteuer ein solches von 1,4 Millionen Mark auf. Die Reichsstempelabgaben haben in den ersten zwei Dritteln des laufenden Etatsjahres 49,9 Mill. Mark Einnahme ergeben, darunter 23,6 Millionen Mark aus der Vorkostensteuer. Es bedeutet dies ein Mehr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 6,8 Millionen. Die Zölle sind mit ihrer Zweidrittel-Jahresernte hinter dem gleichen Teile des Etatsanschlages noch um etwa 10 Millionen zurück, die Post- und Telegraphenverwaltung mit etwa 8 Millionen Mark, die Reichsstempelabgaben mit 3,3 Millionen und die Zundersteuer gar mit 20 Millionen Mark. Es ist somit kaum eine Aussicht vorhanden, daß die Einnahmen auch nur den schon so ungünstigen Etatsanfang für 1902 erreichen. —

Erregung von Unzufriedenheit unter den Lehrern — das sei der ganze Zweck des „Vorwärts“-Artikels über den Lehrertag in Magdeburg. Wer schreibt das? Offenbar die „Kreuz-Zeitung“, die „Post“ oder irgend ein Kreisblatt. Es ist die „Freisinnige Zeitung“ Eugen Richters, die berart mit den gewohnheitsmäßigen Vorkäufen der äußersten Reaktion arbeitet. Da nun die Erregung von Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen der Zweck der Propaganda jeder Oppositionspartei ist, so beweist auch diese erneute Anspornung an den Sprachgebrauch derer um Stöder und Sauerndung, daß Eugen Richter nicht aus „langer Tauti“, sondern aus reaktionärer Ueberzeugung im Bollkampf fortgesetzten Verrat geübt hat. Die „Freisinnige Volkspartei“ will nicht mehr Oppositionspartei sein außer gegen die — Socialdemokratie. —

Eine Loslösung Polens scheint die preussische Regierung zu beabsichtigen. Nach dem „Lokal-Anzeiger“ erwägt man nämlich den wunderbaren Germanisierungsgeboten, für die Provinz ein besonderes — Ministerium zu schaffen. Wenn etwa Bobbelski Minister für Polen wird, so ist natürlich der germanische Geist sofort siegreich. Aber warum macht man nicht gleich ganze Arbeit und sügt nicht außer dem Minister noch einen besonderen König für Polen hinzu? —

Keinen Respekt vor der Majestät Wassermanns haben die von ihm aus der Partei ausgeschlossenen nationalliberalen Blätter. Der „Samburgische Korrespondent“ erwidert der:

„Wenn Herr Wassermann schon die Ruhe wiedergefunden hätte, die für einen Politiker eine so schöne und wertvolle Sache ist, die ihm aber während des Kampfes um den Antrag Nordhoff ganz auffallend fehlte, so würde er sich vielleicht selbst gesagt haben, was für ein Rusin diese Abstempelungen sind. Er selber ist ja von-Keiten, die wir ihm nicht zu nennen brauchen, oft genug als Socialdemokrat und als Ruin der nationalliberalen Partei bezeichnet worden.“

Die „Rational-Zeitung“ erklärt, Wassermann verstände von preussischen Angelegenheiten überhaupt nichts, auch sei er nicht der Führer der Partei, sondern bloß der Chef der Reichstagsfraktion.

In dieser Würde ist er offenbar deshalb befördert worden, weil er in seiner Person alle Schwächen, Widersprüche, Charakterlosigkeiten der Partei in einer Karikatur der Vollendung vereint. Herr Wassermann ist nur in dem Sinne „Führer“, daß er das Wahrsprechen und die mit allen möglichen Druckbannern, Winden, Willen, Dühneraugenpflastern und künstlichen Gliedern ausgestattete Kellamesskur in dem nationalliberalen Vandagengeschäft ist; diese Puppen pfeifen ja auch trotz aller ihrer fürchterlichen Gebrechen hold und schön zu sein wie die Engel. —

Wassermann unter Polizeischutz. Richtig eingeschätzt wird Herr Wassermann von der Polizei. Die Beurteilung dieses „Freiheitshelden“ bei der Polizei seines Wahlkreises ist derart, daß sie ihm ihren Schutz in fürsorglicher Weise angedeihen läßt. In Neustadt an der Orda, dem zweitgrößten Orte seines Wahlkreises, war für den gestrigen Sonntag eine Volksversammlung einberufen, in welcher Genosse Kesselring-Erfurt über die letzten Vorgänge im Reichstage und das Verhalten des Herrn Wassermann referieren sollte. Herr Wassermann war zu dieser Versammlung eingeladen. Neustädter Polizei jedoch kam Herrn Wassermann zu Hilfe und erparte ihm die nicht leichte Arbeit, sein verräterisches Verhalten im Reichstage vor seinen Wählern zu rechtfertigen. Mit der im Goethe-Ländchen nicht mehr seltenen Begründung von der Gefährlichkeit des als Agitatoren der Socialdemokratie bekannten Referenten verbot sie einfach die Versammlung — und Herr Wassermann atmete erleichtert auf. Vor einer ganz sicheren Niederlage vor seinen Wählern war Herr Wassermann für die 5-mal gerettet, sein Dank wird der Neustädter Polizei sicher sein. —

Die „guten Beziehungen“ zwischen Deutschland und Amerika. Der deutsche Kaiser hat an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Norddeutschen Seelabel-Werke folgendes Telegramm gerichtet:

Mit besonderer Freude habe ich Kenntnis genommen von dem Stapellauf des ersten auf einer deutschen Werft erbauten Kabel-dampfers. Ich bin gewiß, daß der „Bulkan“ seine bewährte Leistungsfähigkeit auch auf diesem neuen Gebiete beibringen wird, und mühe an das neue deutsch-amerikanische Kabel die Hoffnung, daß es dazu beitragen wird, die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten immer mehr zu befestigen.

Wilsheim I. R.  
Diese „guten Beziehungen“ haben sich in der venezolanischen Affäre besonders deutlich offenbart. Bezeichnet doch selbst das italienische Regierungsorgan, die „Tribuna“, das Verhalten der Vereinigten Staaten in der Venezuela-Frage als „Rachibavellisch“. Europa müsse heute vorsichtiger sein als je. —

Nicht Jahre Gefängnis für einen Entarteten.

Das Kriegegericht der 8. Division in Halle a. S. urteilt sehr streng. Das beweist die Thatsache, daß in jüngster Zeit nicht weniger als drei von ihm gefällte Urteile, die allgemeinen Auffeiden erregten, von dem Magdeburger Oberkriegsgericht cassiert und die verhängten Strafen teils aufgehoben, teils bedeutend herabgemindert wurden. Auch das heutige Urteil ist der Aufhebung zu empfehlen. Ein Degenerierter, wie sich die Sachverhältnisse ausdrücken, stand in der Person des 27-jährigen Häufchens Paul Böle von hiesigen 30. Regiment wegen Simulation, Fahnenflucht und Mißfalles, thätlichen Angriffs gegen einen Vorgeetzten, Ungehorsams, Schimpfverleumdung und kleinerer Vergehen unter Anklage. Der schlecht erzogene Angeklagte, dessen Mutter als eine „zweifelhafte Person“ bezeichnet wurde, stammt aus Zeit und wurde auf Veranlassung eines Militärarztes Mitte

September in ein Irrenhaus gebracht, da man annahm, daß er an der, bei den Soldaten so oft vorkommenden Krankheit, frühzeitiger Verblöbung leide. Vor und nach dieser Zeit hatte der unmormale Angeklagte allerhand Dummheiten und Tollheiten begangen, die er auch in der heutigen Verhandlung noch fortsetzte. So sagte er während der Beratung, dem Kriegsgericht käme es „auf 10 oder 15 Jahre gar nicht darauf an“, aber die Richter seien trotzdem alle seine Freunde. Ueberhaupt wären im Gerichtssaal lauter „dumme Jungen“. Des Angeklagten Hauptvergehen wurde darin erblickt, daß er simuliere, einem Arrest-aufsicher einen Krug Wasser über den Körper geschüttet hätte und einmal aus der Irrenanstalt und aus dem Arrestlokal ausgebrochen war. Auch war er dem Beschl eines Oberarztes, seine Augen zu öffnen, um festzustellen, was ihm fehle, nicht nachgelommen. Gelegentlich einer Kontrolle durch den Vorgeetzten, war er unter einem Tisch gestochen und hatte immer „Hurra“ gerufen. Die geladenen vier Sachverständigen, die den Angeklagten wohl als unmormal, nicht als geistesgestört im Sinne des Gesetzes erklärten, wurden von dem Angeklagten als „seine Männer“ und als „seine Freunde“ bezeichnet. Beantragt wurde gegen den Unglücklichen eine Gesamtstrafe von zehn Jahren und erlaubt wurde auf acht Jahr Gefängnis und Nebenstrafen. —

Wahlwerbsarbeit. Im Dresdener Stadtverordneten-Kollegium erklärte am Montag der Oberbürgermeister Deutler, er habe sich an die Spitze von 80 deutschen Städten, die durch das Octroi-verbot des § 10a des Zolltarif-Gesetzes betroffen seien, gestellt und werde nicht eher ruhen, als bis dieses Verbot beseitigt sei. Herr Deutler rühmte sich ferner, daß er vor der zweiten Lesung des Zolltarifs eine Anzahl Vertreter deutscher Städte in Berlin zusammengerufen und mit diesen den Grafen Sejadowski und eine ganze Reihe Centrumsabgeordnete besucht hätte, um Stimmung für die Streichung des § 10a zu machen. Der Gang der Dinge hätte aber eine sachliche Verhandlung und Beratung unmöglich gemacht. Das Octroi-verbot verstohe wider die Reichsverfassung. Der Reichstag habe nur aus parteipolitischen Beweggründen gehandelt. Alle diese Erklärungen begleiteten die antimilitarischen Stadtverordneten mit großem Beifallssturm und Applausen, die dem Reichstage galten. Landrichter Heinze beschränkte sich auf die Erklärung, daß der Reichstag zur Erweiterung seiner Kompetenz berechtigt sei. —

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Landsdorf in Wien. Am Montagabend ist Graf Landsdorf in Wien eingetroffen. Am Dienstag wurde Landsdorf von Goluchowski und dem Kaiser empfangen. Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß Landsdorfs Reise nach Wien keine für das Wiener Auswärtige Amt überraschende Thatsache, sondern das Ergebnis langen Gedanken-austausches zwischen den Grafen Landsdorf und Goluchowski ist. Dieser Meinungsaustausch führte dazu, daß Landsdorf den Balkan zuerst aufsuchte, nicht allein im Namen des Zaren, sondern auch im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn; er erschien in Risch und Sofia auch als Mandatar Goluchowskis. In Belgrad und in Risch hätte Graf Landsdorf nicht viel von Macedonien gesprochen, wo Serbien keine große Rolle zugebilligt ist. Man scheint den König Alexander zu einem nächstjährigen Besuch an russischen Hofe auf-gefördert, aber nicht die Einladung für Draga überbracht zu haben. In Sofia habe Graf Landsdorf trotz seiner Zurückhaltung die Macedonier sehr wohlwollend empfangen. Landsdorfs Programm sei, das intimste Einvernehmen Russlands mit Oesterreich-Ungarn zu pflegen. Der Graf erklärte selbst, die Beziehungen beider Mächte seien jetzt so gut, daß nichts zu wünschen übrig bleibe. Er beabsichtige, den Einfluß auf dem Balkan so zu teilen, daß Russlands Einwirkung sich mehr auf Bulgarien, Oesterreichs mehr auf Serbien geltend mache; er habe schon vor einiger Zeit Serbien wissen lassen, daß Russland nur beste Beziehungen Serbiens zu Oesterreich-Ungarn wünsche. Landsdorf sucht in erster Linie einen Modus, die bulgarischen Ansprüche mit möglichster Erhaltung des status quo in Macedonien zu befriedigen. —

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Der Sekretär der hiesigen russischen Botschaft, Tcherbatsh ist auf Veranlassung des Grafen Landsdorf nach Wien abgereist. Tcherbatsh gilt unter den Diplomaten als einer der besten Kenner Macedoniens. Man wird in der Annahme nicht fehl gehen, daß Graf Landsdorf ihn bei den Wiener Verhandlungen für etwaige Ausschlässe über die gegenwärtige Lage der Türkei zur Hand haben will. — Die Berichte der türkischen Vertreter in Belgrad und Sofia über den dortigen Aufenthalt Landsdorfs haben die zu Tage getretene große Reserve des Grafen hervor. Alle Versuche der Leiter der macedonischen Bewegung, an ihn heranzukommen, seien gescheitert.

### Schweiz.

#### Der Genfer „Attentäter“.

Ebenso seltsam wie das „Attentat“ und die Person des Attentäters ist auch die Art, wie der Attentäter verhaftet worden ist. Aus Neuenburg meldet ein Volkssicheres Telegramm:

Ueber die Festnahme des Urhebers des Genfer Anschlages wird gemeldet: Der Detektiv Brunier studierte heute früh auf der Präsektur die Photographie und das Signalement eines gewissen Marchetti, welcher dem Bundesanwalt geschrieben hatte, er sei der Urheber des Genfer Anschlages. In diesem Augenblick trat ein Gendarm mit drei wegen Landstreichens verhafteten Personen ein; Brunier erkannte sofort in einem derselben Marchetti und fuhr denselben an: „Haben Sie die Bombe gemorfen?“ Marchetti gestand gelassen die That; er ist offenbar geistesgestört. Später fand man bei ihm eine Patrone, deren Inhalt noch nicht untersucht ist.

Kerner wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Genf depechiert: Der als Urheber des Genfer Bombenattentats verhaftete Carlo Marchetto ist im Jahre 1867 in Camandona in der Provinz Novara geboren. Marchetto marschierte auf der Landstraße und trug zwei Bomben (?) bei sich. Wie ein Genfer Blatt behauptet, half sich Marchetto in einem anonymen Briefe an den Chef des Genfer Polizeidepartements selbst als Thäter denunziert. Er soll bereits vor drei Jahren unter den abjurdeschen Umständen ein ähnliches Attentat verübt haben.

Ob der famose Marchetti oder Marchetto nicht bloß der Prügelknabe irgend eines Polizeispießes ist? —

### Belgien.

Victor Adler in Brüssel. Brüssel, 28. Dezember. (Fig. Ber.) Die letzten Kämpfe der deutschen Socialdemokratie haben in den belgischen Parteikreisen lebhafteste Bewunderung hervorgerufen und man war gespannt, einmal aus kompetentem Munde etwas Näheres über den Zolltarif und dessen Wirkungen auf die nächsten Reichstags-wahlen zu hören. Die Zusammenkunft des internationalen Bureau's vor die Erfüllung des obigen Wunsches. Genosse Karl Kautsky, Mitglied des Bureau's, ward eingeladen, in Brüssel über das obige Thema zu sprechen. Die Bekanntmachung hatte ein zahlreiches Auditorium in das Maison du Peuple gerufen; selbst eine ziemliche Anzahl Lütticher Studenten hatten die Fahrt nach Brüssel nicht gescheut, um den socialistischen Theoretiker zu hören. Victor Adler aus Wien im letzten Tage abgaben und den Genossen Adler aus Wien mit einem Referat betrauen. Anknüpfend an den deutschen Arbeiterverein in Brüssel in dem Karl Marx vor einem halben Jahrhundert die berühmte Rede über den Freibandel und Schutz Zoll gehalten hat, schilderte Adler in ob-jectiver Weise den Kampf um den Zolltarif im deutschen Reichstage

und dessen Folgen. Der Kampf wurde von der deutschen Socialdemokratie mit bewundernswürdiger Energie geführt.

Zu den österreichischen Verhältnissen übergehend erklärt der Redner: daß zur Sättigung der österreichischen Verhältnisse ein Monarchismus nicht ausreicht. Um diese Verhältnisse zu lösen, müßte man schon Diktator sein. Die ungarischen Zustände verstehen selbst wir Diktator nicht. Aber deswegen sind wir nicht so dumm, als man vielleicht annehmen könnte. Wir haben in unserm Staatsgebilde Volksstämme, die ebenso intelligent und entwicklungsfähig sind, wie jedes beliebige Volk. Der eben traurige als grenzenlose Bittwärer in Desterreich ist verursacht worden durch das Verbrechen, Völker, die nach Sitte und Sprache nicht zusammen gehören, zu einem Staate zusammen zu kuppeln, sie alle in eine Uniform zu zwingen.

Nachdem Adler die Ursachen des Straßenstrittes erörtert, fährt er fort: Die Ursachen dieses Streites können nur beseitigt werden durch die Verfallung des Feudalismus. Die Interessen des Feudalismus sind mit der feudalen Gesetzgebung unzertrennlich verknüpft; nur die Vernichtung des ersteren zieht das Verschwinden jener Gesetzgebung nach sich. Für das Programm unserer Deutsch-Nationalen haben wir nichts übrig; an seine Verwirklichung ist in absehbarer Zeit aus tausend und einem Grunde nicht zu denken. Hierüber machen wir uns keine Illusionen. Wenn das österreichische Staatsgebilde verkaufen will, haben wir nichts dagegen einzuwenden; aber die Arbeiterklasse ist nicht im geringsten gewillt, mit zu verkaufen, deshalb richten wir uns in Desterreich, das heute eine traurige Notwendigkeit geworden ist, wohllich ein. In der nächsten Zeit wird es bei uns sehr still sein. Wir sind in das Stadium der Stagnation eingetreten. Straßendemonstrationen, Sturm im Parlament wird es nächstens nicht geben. Es kann wohl ein Minister fallen; aber das hat nichts zu sagen und verursacht keinen Sturm.

Unter kühnem Beifall schloß Genosse Adler seine humorvolle Rede wörtlich: Aber wenn Sie in nächster Zeit von unsrer Partei nichts hören, so nehmen Sie ja nicht an, daß wir schlafen, sondern daß es uns am besten geht. Die Ruhe zur stillen Arbeit ist unsrer Partei so nötig als das liebe Brot.

Nach einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

### Italien.

Im Prozeß Cassibile wurde am 27. Dezember das Urteil gesprochen. Die Advokaten Patti und Catania wurden wegen fortgesetzten Betruges um hohe Summen zu je 6 Jahren und 9 Monaten Gefängnis und zu 25 000 Franc Geldstrafe verurteilt. Der Advokat Ciruolo, ein Dr. Piscopano und ein Appellationsrat wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen; dagegen erliefen eine Anzahl anderer Angeklagter, die bei den großen Betrügereien Mit-hilfe geleistet hatten, Strafen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren. Die Parquise Cassibile wurde wegen Bestechung zu einer Geldstrafe von 1500 Franc verurteilt.

### Spanien.

Barcelona, 20. Dezember. Sehr zahlreiche Arbeiter verschiedener Gewerke, darunter Arbeiter der Nordbahn, sind in den Ausstand getreten und versuchen, andre Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

### Schweden.

Eine Anklage gegen die Polizei. Nachdem man lange genug vergeblich gewartet hat, daß die leitenden Beamten für die am 20. April bei den Wahlrechts-Demonstrationen durch falsche Maßnahmen herbeigeführten Anwälte verantwortlich gemacht werden, reicht der Kollisionsausschuß der Arbeiterpartei am 23. Dezember bei dem Justiz-Sachverwalter — dem vom Reichstage gewählten Beamten, der über die verfassungsmäßigen Rechte der Freiheiten zu machen hat — Anzeige gegen die Polizei ein und verlangt, daß der Oberstaatsanwalt von Stockholm, Dickson, der erste Polizei-Intendant von Sydow und der Detektivchef Stenlund wegen der bei den Demonstrationen am 20. April bewiesenen Ungeheuerlichkeit im Amte zur Verantwortung gezogen werden, und daß Stenlund noch besonders für gefehlwidrig vorgenommene Verhaftungen verantwortlich gemacht werde. Diese Forderungen werden in einem Schreiben, das von dem Anwalt der seiner Zeit verhafteten Demonstranten verfaßt ist, sehr ausführlich begründet und des weitern noch allgemeine Maßregeln gegen die jetzt florierende Polizeivillkür verlangt. Dem Schreiben ist ein Protokoll der Verhandlungen des deutschen Reichstages vom 22. November 1902 über Polizeimißgriffe beigelegt, um zu zeigen, wohin der Mißbrauch der Polizeigewalt führen und wie die Ausübung dieser Gewalt zu einer politischen Parteiache werden kann, bei der alle humanitären Rücksichten auf Seiten der ausübenden Personen eine ganz untergeordnete Rolle spielen.

## Die Einleitung der Ehescheidung.

Das „Dresdner Journal“ meldet amtlich:

Nachdem der Kronprinz die Absicht kundgegeben hat, die mit seiner Gemahlin entstandene Ehekränkung auf gerichtlichem Wege zum Austrag bringen zu lassen, ist von Sr. Majestät dem König darauf gemäß Paragraph 12 Absatz 1 des Nachtrags zum königlichen Hausgesetz vom 20. August 1870 zur Entscheidung dieser Ehekränkung ein besonderes Gericht von sieben Richtern niedergesetzt worden, das aus dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und sechs voritzend mit Ehesachen beschäftigten Oberlandesgerichtsräten besteht. Auch über das Verfahren hat Sr. Majestät dem König besondere Vorschriften getroffen. Der Klage-Artrag wird auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft gerichtet werden.

Die Kronprinzessin handelt auch hierin weit folgerichtiger. Sie zeigt, daß sie nicht nur dem Druck des Hofes entzinnen will, sondern auch den Zwangsbogmen des mittelalterlichen Katholicismus. Die aus Genf gemeldet wird, hat die Kronprinzessin auch ihrerseits die Scheidungsklage gegen den Kronprinzen eingeleitet. Die Kronprinzessin fordert aber eine „reine Scheidung“, sie will völlig frei werden von der Last, die ihr unerträglich wurde. Sie erklärte einem Vertreter des „New York Herald“: Ihre religiösen Ansichten gestatten ihr anders zu denken als der sächsische Hof. Sie werde die unangenehme Situation von heute zu beenden, die Hindernisse zu überwinden wissen, die ihrer Verheiratung mit Oron entgegenstehen. Die letztere Aeußerung, meint der Korrespondent des genannten Blattes, sei als Hinweis auf einen beabsichtigten Religionswechsel anzusehen.

### Das „Schuldbewußtsein“ der Kronprinzessin.

Ein Mitarbeiter der Wiener „Zeit“ wurde gestern zweimal von der Kronprinzessin in Genf empfangen. Sie erzählte ihm, daß der Advokat Wachenal befragt habe, ihre und ihres Bruders Angelegenheit vollständig getrennt zu führen. Von den Berichten über die Affaire sprechend, sagte die Prinzessin: „Am meisten ärgert mich das Wort „Schuldbewußtsein“. Ich habe es nicht, ich that nach reiflicher Ueberlegung, was mir das Rechte schien. Die Welt müßte erst auch nur annähernd ahnen können, was ich gelitten, dann dürfte sie anders urteilen.“ Von dem zu erwartenden Kinde redend, erklärte sie den Gedanken für unerträglich, daß ihm ein Leben unter ihren andern Kindern am sächsischen Hofe beschieden sein könnte, da man doch wisse, woher es stamme. Blutröthe steigt bei diesen Worten in ihr häßliches Gesicht, und leiser sagt sie hinzu: „Es müßte für mich lächerlich, das kann und darf niemals sein!“ Mit Ungeduld erwartet Kronprinzessin Luise die Entwicklung ihrer Angelegenheit; sie wolle zur Ruhe in der Einsamkeit kommen.

### Schwere Erkrankung des sächsischen Königs.

Im Befinden des Königs von Sachsen ist, wie aus Dresden gemeldet wird, eine Verschlimmerung eingetreten. Die Infuenza, an welcher König Georg erkrankte, hat einen andauernden Schwächezustand hinterlassen, der zu ernstern Besorgnissen Anlaß giebt. Professor Curshmann aus Leipzig wurde zur Konsultation nach Dresden berufen. In Dresden wird folgendes Bulletin ausgegeben: Das Befinden des Königs von Sachsen ist unverändert. Die Schleimabsonderung ist noch bedeutend. Appetit und Kräfte sind mangelhaft.

## Sociales.

### Der Vertrauensarzt als Gutachter.

Der Steinträger A. K. verunglückte am 8. Juni 1901 dadurch, daß er aus dem dritten Stockwerk eines Neubaus etwa 13 Meter hoch mit einer Leiter herunterstürzte. Er erlitt schwere Verletzungen; außer einer Kopfwunde einen Bruch des rechten Unterschenkels und eine Quetschung des Kreuzbeines. Hieran wurde er im Charlottenburger Krankenhaus bis zum 24. September 1901 behandelt. Da das Heilverfahren infolge der Schwere des Unfalls noch nicht als abgeschlossen gelten konnte, wurde A. in die Behandlung des Spezialarztes Dr. Koemert genommen und bis zum 11. Januar 1902 behandelt. In diesem Tage erklärte Dr. Koemert das Heilverfahren für beendet und sein Gutachten über den Zustand des Verletzten lautete auf eine Erwerbsbeschränkung von 25 Proz. Demzufolge sollte die Sektion I der Nordöstlichen Bauernsogenossenschaft unter dem Vorsitz des bekannten Stadtordnungsinspektors E. H. M. an die Rente setz.

A. wandte sich an den Chirurgen Dr. Adler und dieser gab am 28. Januar ein umfangreiches Gutachten ab, worin er erklärte, daß das Heilverfahren bei dem Verletzten keineswegs als abgeschlossen gelten könne und daß dieser zur Zeit noch völlig erwerbsunfähig sei.

Das Schiedsgericht, bei welchem A. Berufung eingelegt hatte, schloß sich in allen Teilen dem Gutachten des Dr. Adler an und verurteilte die Berufsgenossenschaft, dem A. auch über den 1. Februar 1902 hinaus die Rente zu zahlen.

Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein. A. wurde nun noch einmal von Herrn Dr. Koemert untersucht und jetzt, am 10. April 1902, also drei Monate nach der Entlassung aus seiner Behandlung, von ihm festgestellt, daß A. noch um 50 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei, während er damals nur 25 Proz. festzustellen vermochte.

Das Reichs-Versicherungsamt holte nun ein Obergutachten bei Professor Dr. Mendel ein und dieser erklärte, daß A. ohne Zweifel noch bis Mai 1902 völlig erwerbsunfähig gewesen sei. Von da an sei mit Rücksicht darauf, daß A. nur zeitweilig leichte Arbeiten im Sitzen verrichten könne, bis auf weiteres eine Erwerbsbeschränkung von 75 Proz. anzunehmen. Das Reichs-Versicherungsamt folgte diesem Gutachten und verurteilte die Berufsgenossenschaft demgemäß.

Wäre der verletzte Arbeiter schuldern und raitlos genug gewesen, die gutachtlichen Aeußerungen des Dr. Koemert als unanfechtbare Offenbarungen zu betrachten, dann bekäme er schon seit dem Januar 1902 nur ein Viertel der Rente. Die diesen aufergewöhnlich starken Berichtigungen, die Herr Dr. Koemert in seiner Thätigkeit als Unfallgutachter schon über sich ergehen lassen mußte, sollten ihn doch um seinen ärztlichen Ruf etwas besorgt werden lassen.

Ein kommunales Arbeitsamt tritt am 2. Januar 1903 in dem Industrie-Orte B. rindorf bei Nürnberg ins Leben. Die Arbeitsvermittlung ist ungenügend. Bei Ausperrungen und Arbeitsausfällen stellt das Amt jede Thätigkeit für den in Betracht kommenden Betrieb ein.

## Aus der frauenbewegung.

Von der Ausbreitung der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland giebt das Adressenverzeichnis der Vertrauenspersonen Kunde. Genossin Baader, die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, vermag in der letzten Nummer der „Gleichheit“ bereits aus 57 Orten die Adressen von 63 Vertrauenspersonen zu veröffentlichen.

Auf einen hübschen Erfolg ihrer Thätigkeit im abgelaufenen Jahre können die Genossinnen Hamburgs zurückblicken. Wie aus dem Bericht hervorgeht, den die Genossin Fiech in der letzten Nummer der „Gleichheit“ erstattet, erreichten sie es durch rührige Agitation, daß den socialdemokratischen Vereinen Hamburgs jetzt gegen 1100 weibliche Mitglieder angehören und daß die Zahl der Abonnenten auf die „Gleichheit“ von 100 auf 500 stieg. Die Einnahmen der Vertrauensperson betragen 775,81 M.

Zur Geschichte der Sittenpolizei. Frau Kappoport in Altona, die belamlich schwere Verurteilung durch Altonaer Polizei-Organe erfahren hat, hat Strafantrag gegen diejenigen Personen gestellt, welche bei der Festnahme und unwürdigen Behandlung der Frau mitgewirkt haben. Die auf Mißbrauch der Amtsgewalt, Freiheitsberaubung und häßliche Beleidigung lautenden, vom Vertheidiger formulierten Anklagen richteten sich gegen den Kriminal-Inspektor Engel, den Polizei-Arzt Dr. Hoff — der die Frau für geschlechtskrank erklärte, obwohl sie völlig gesund war — und gegen die Frau des verstorbenen Gefängnisinspektors Niedorf.

## Venezuela.

Die Unterwerfung unter das Haager Schiedsgericht ist thatsächlich von den Exekutionsmächten vollzogen worden. Das Haager Schiedsgericht wird also wirklich wieder einmal in Aktion treten. England und Deutschland haben gegenüber Amerika ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Lediglich Castro's formale Einwilligung steht noch aus, die aber zweifellos erfolgen wird, da ja Castro selbst durch den amerikanischen Gesandten Bowen das Anerbieten gemacht hat, die Sache dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten und zwar bevor noch Deutschland dem Präsidenten Roosevelt das Schiedsgericht angetragen hatte. Eine Meldung aus Washington besagt:

In den Verhandlungen über die venezolanische Angelegenheit wird jetzt auf eine Aeußerung Castros gewartet. Das Staatsdepartement hat den Gesandten Bowen über das Ergebnis des Schriftwechsels mit Berlin, London und Rom vollständig unterrichtet. Er hat Ausfrag erhalten, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und die Einzelheiten des Protokolls festzusetzen, dessen Aufstellung der Unterbreitung der Entschädigungsansprüche bei dem Haager Schiedsgericht voranzugehen haben wird.

### Ueber die Bedingungen Deutschlands und Englands,

unter denen man sich dem Schiedsgericht unterwerfen will, wird noch gemeldet: Nach der „Morning Post“ haben Großbritannien und Deutschland am 20. Dezember dem amerikanischen Staatsdepartement ihre Bedingungen für die schiedsgerichtliche Entscheidung des Venezuela-Streites mitgeteilt. Deutschland fordere die Zahlung von 60 000 Pfd. Sterl. und eine Entschädigung seitens Venezuelas; Großbritannien sei bereit, auf die Entschädigung zu verzichten und verlange 8000 Pfd. Sterl. Diese Summen seien zu Entschädigungen für die deutschen und englischen Staatsangehörigen bestimmt, die von den venezolanischen Behörden verhaftet und auch anderweitig ungebührlich behandelt worden seien. Beide Regierungen lehnten es ab, über diese Bedingungen

stillischweigend hinwegzugehen, da sie sie nicht nur als grobe Verletzungen des Völkerrechts, sondern auch als offene Beschimpfungen der Staatsgewalt zweier europäischen Mächte betrachten.

Deutschland will also auf eine „Entschädigung“ nicht verzichten. Es hat an der Lösung-Romdie noch nicht genug gehabt. Im Namen des „verletzten Völkerrechts“ heißt es Sühne! Und gerade Deutschland, das durch die Verletzung der venezolanischen Schiffe allem Völkerrecht zweifellos ins Gesicht geschlagen hat, verlangt für Handlungen Castro's eine feierliche Entschuldigung, die nur eine Repressalie für den deutschen Völkerrechtsbruch darstellt. Hoffentlich machen Amerika und England Deutschland klar, daß sie nicht gewillt sind, ihre Politik durch derartige groteske Annahmen durchkreuzen zu lassen!

### Ueber das Haager Schiedsgericht

selbst und seine Ignorierung haben sich mehrere Personen geäußert, die im engsten Zusammenhang mit dieser famosen Institution stehen resp. gestanden haben. So ist durch den Berliner Vertreter des „Chicago Daily News“, der Professor Jörn, einer der deutschen Vertreter bei der konstituierenden Versammlung in Haag, interviewt worden. Das Interview verlief folgendermaßen:

1. Hatten die Mächte nicht die Pflicht, den Venezuela-Fall von allem Anfang an dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, das Sie doch begründen halfen?

Antwort Professor Jörn: „Unbedingt nein.“

2. Ist eine alte, längst anerkannte Schuld überhaupt noch ein Gegenstand, der vor dem Haager Schiedsgericht behandelt werden kann?

Antwort Professor Jörn: „Ja; Vorbehaltlich nur von Rumänien gemacht.“

3. Wird durch die Forderung der Mächte, daß Venezuela eine sofortige Abzahlung seiner Schuld leiste, dem Haager Schiedsgericht nicht der Boden für einen Rechtspruch entzogen?

Antwort Professor Jörn: „Nein.“

4. Muß die Blockade aufgehoben und Venezuelas Flotte zurückgegeben werden, ehe das Haager Schiedsgericht den Fall aufnehmen kann?

Antwort Professor Jörn: „Die Blockade hört durch Schiedsgericht auf. Die Flotte braucht nicht zurückgegeben werden.“

Professor Jörn hat Deutschland im Haag in sehr wenig friedensfreundlichem Sinne vertreten, weshalb man sich nicht darüber zu wundern braucht, daß seine Antworten auch diesmal sehr anfechtbarer Natur sind. So seine Verneinung der Frage 1. Welchen Zweck soll denn überhaupt ein Schiedsgericht haben, wenn nicht wenigstens die moralische Verpflichtung besteht, es zur Schlichtung eines Konflikts anzurufen, bevor man mit brutaler Gewalt sein vermeintliches oder thatsächliches Recht durchzusetzen sucht? Uebrigens hatten auch die unbeteiligten Mächte die in den Haager Stipulationen ausdrücklich formulierte Pflicht, die beteiligten Mächte auf das Schiedsgericht hinzuweisen, was den Mächten natürlich wieder einmal gar nicht eingefallen ist.

Ebenso anfechtbar sind auch die obigen Erklärungen Jörn's. Nur darin hat Professor Jörn zweifellos recht, wenn er erklärt, daß die Blockade mit dem Augenblick der Annahme des Schiedsgerichts aufzuhören hat, eine Auffassung, der auch wir bereits Ausdruck gegeben haben.

Weniger lag wie der deutsche Anti-Friedensprofessor urteilt der ehemalige Justizminister Graf Schöndorn, der Mitglied des Haager Schiedsgerichts ist. Er veröffentlicht im „Fremdenblatt“ einen Artikel über Venezuela, in dem er u. a. sagt, man habe es so lange versäumt, die Angelegenheit dem Haager Gericht zuzuwenden, daß sich einem die Frage aufdränge, wozu dieses Tribunal denn eigentlich geschaffen worden sei, wenn es nicht demütigt werde. Es sei erfreulich, daß jetzt endlich Gelegenheit geboten sei, den Wert dieses Gerichtshofes praktisch zu erproben, umso mehr als es sich gleich um einen europäisch-amerikanischen Streitfall handle.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine geborstene Ordnungsfäule.

Bautzen, 30. Dezember. (B. G.) Der frühere Gemeindevorsteher von Groß-Schönau, Weichert, der vor einigen Monaten nach Unterschlagungen in Höhe von 51 000 M. flüchtete und in der Hohen Zatta verhaftet wurde, ist heute vom hiesigen Landgericht wegen Betruges, Unterschlagung im Amte und Diebstahl zu sechs Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

### Die marokkanischen Wirren.

Tanger, 30. Dezember. (Weldung der Agence Havas.) Aus Fez eingegangene Nachrichten besagen, die Konfusen hätten sich am 24. Dezember zum Minister des Keuchern Abdel Kerim den Osman begeben, um sich mit demselben über die Maßregeln zu besprechen, die zum Schutze der Ausländer zu treffen seien. Man habe dem Minister nicht verhehlt, welche schwere Verantwortung die Regierung des Sultans möglicherweise auf sich laden könnte. Der Minister habe geantwortet, die Ausländer hätten nichts zu fürchten, und er werde, falls die Lage sich verschlimmern sollte, sich mit den Konfusen über zu ergreifende Schritte verständigen. Weitere Meldungen aus Fez bestätigen die Niederlage der Truppen des Sultans. Der Einfluß des Führers der Aufständischen Bu-Hamara erstreckt sich jetzt bis Sidi-Allal, zehn Meilen vor Fez. Er verhandelt jetzt mit den zwischen jenem Plage und Fez wohnhaften Stämmen, um ungehinderten Durchmarsch bis zur Hauptstadt zu erhalten.

### Soldatenausbreitungen in Ramur.

Ramur, 30. Dezember. (B. Z. B.) Schlägereien zwischen Soldaten und Zivilisten, die sich seit einigen Tagen in hiesigen Zangulalen wiederholten, arteten heute in eine ernstliche Aufrüstung aus. Ein Haufe bewaffneter Mannen warf in einer Anzahl Straßen alle Fenster ein. Die Polizei und die Gendarmen waren nicht im Stande, die Ordnung wieder herzustellen; zwei Polizisten und einer der Mannen wurden schwer verletzt. Der Bürgermeister hat zur Wiederherstellung der Ruhe Militär requiriert.

### Von einer Lawine erdrückt.

Koblenz, 30. Dezember. (B. G.) Der Redigier Walter Göge aus München wurde im Rillerthal bei einer Gletschertour am Schwarzenstein von einer Lawine erdrückt. Die Leiche ist unauffindbar. Sein Begleiter konnte gerettet werden.

### Geführt.

London, 30. Dezember. (B. G.) Nach einer New Yorker Meldung wurden in der Nähe von Greenwood (Süd-Karolina) ein Neger und dessen Braut, die einen weißen Farmer ermordet hatten, von der Volksmenge geführt.

### Hochwasser.

Bach, 30. Dezember. (B. G.) Hier ist Hochwasser eingetreten. Der Wasserstand hat eine Höhe von 600 Millimeter über Normalstand erreicht. Eine Katastrophe steht bevor. Die niedriger gelegenen Stadtteile stehen zum Teil unter Wasser.

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1902. (Schluß)

Im Monat September fanden zum ehrenden Gedächtnis unserer Toten im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis und in Rixdorf fünf Volksversammlungen statt.

Die Delegierten zur Frauenkonferenz sowie zum Parteitag in München wurden in einer am 3. stattgehabten Parteiversammlung gewählt.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung (Beschädigung Arbeitswilliger) verurteilte am 5. das Schöffengericht des Steinträger Breiter zu einer Woche Gefängnis.

Eine imposante Kundgebung der Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend gegen den Fleischwucher und die Grenzsperrre erfolgte am 11. in 17 Parteiversammlungen, die gleichzeitig in Berlin und den Nachbarorten abgehalten wurden.

Die erste Berichtserstattung vom Parteitag in München erfolgte am 24. in einer Parteiversammlung in Rixdorf.

Am 25. fand in Himmelsburg eine Protestversammlung gegen den Fleischwucher statt.

Die Delegierten zur Frauenkonferenz und zum Parteitag in München erstatteten am 30. in einer in den Armuthallen abgehaltenen Volksversammlung Bericht. In derselben Versammlung wurde auch die Neuwahl der weiblichen Vertrauenspersonen vorgenommen.

Am Ende des Monats, am 30., siebenten der „Vorwärts“ und dessen Buchhandlung in ihr neues Heim in der Lindenstr. 60, über.

Im Monat Oktober erfolgte am 2. in Schöneberg in einer Parteiversammlung die Berichtserstattung vom Parteitag in München.

Am 7. fanden in allen sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen Parteiversammlungen statt, in welchen die Delegierten zum Parteitag, zur Provinzialkonferenz sowie die Parteifunktionäre Bericht über ihre Tätigkeit erstatteten und die Neuwahl der letzteren vorgenommen wurde.

Am 10. fand eine Stadtwahl zur Gemeindevertretung in Treptow-Baumhuldenweg statt.

Der verstorbenen Genossin Julius Schneider aus dem fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis wurde am 11. zur letzten Ruhebestattung geleitet.

In einer Parteiversammlung gegen die Fleischnot am 12. in Grünau referierte Genossin Frau Emma Jäger.

Bei der Stadtverordneten-Ergebniswahl in Spandau am 13. wurde einer unserer Genossen gewählt.

In einer für Steglitz und Groß-Lichterfelde am 14. abgehaltenen Parteiversammlung erfolgte die Berichtserstattung vom Parteitag. Am selben Tage wurde der Reichstag wieder eröffnet.

Am 18. wurde Genosse Kleinert im zweiten Wahlkreis durch den Tod seines Wirtungsstreichs entlassen.

Eine Parteiversammlung gegen den Fleischwucher fand am 20. in Wilmersdorf statt.

Der Monat November begann mit der am 1. in Himmelsburg stattgehabten Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Pariss.

Am 5. fanden Stadtverordneten-Ergebniswahlen im 4. und 11. Berliner Kommunal-Wahlkreis statt. Am 11. Bezirk wurde Genosse Laigt gewählt.

Die Mitglieder der Ignations-Kommission für die Provinz Brandenburg wurden am 7. mit Ausnahme Stadthagens vor dem hiesigen Landgerichte prozessiert, weil sie fälschlich als Leiter eines Vereins angesehen wurden und die diesbezüglichen vorgeschriebenen Bescheinigungen nicht respektiert haben sollten. Die Kommission wurde zwar als Verein anerkannt, doch wurden alle Angeklagte freigesprochen.

Die Lebensmittelpreiserhöhung und der Anstieg der Konsumgenossenschaften bildeten die Tagesordnung von zehn in Berlin und den Nachbarorten am 10. abgehaltenen Volksversammlungen.

Am 10. und 11. fanden weitere Volksversammlungen statt, in welchen die Genossin Adelheid Popp aus Wien über „Die Rechtslosigkeit der Frau, die Fleischnot und die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage“ referierte. Die Versammlungen fanden bei Heller in der Kopenickerstraße und in den Germania-Sälen in der Chausseestrasse statt.

Es folgten die Berliner Gewerbegerichtswahlen. Am 11. wählten die Arbeitgeber, am 16. die Arbeitnehmer, letztere mit dem üblichen Erfolge.

Bei der Stadtverordneten-Ergebniswahl in Rixdorf am 17. wurden in der dritten Abteilung alle sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Bei der Gemeinderatswahl in Werder traten die dortigen Genossen zum erstenmal in Aktion und hatten die Bemühungen, in der dritten Klasse alle ihre Kandidaten durchzubringen.

Bei der Wahl der Richter zum neuen Gewerbegericht in Pantow am 25. erfochten die Arbeiter einen glänzenden Sieg.

Am 29. wurde der Stadtverordnete Genosse Krieger in Spandau wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten zu Potsdam vom Landgericht II Berlin zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Der sonst stille Weihnachtsmonat Dezember nahm diesmal einen recht bewegten Verlauf. Er setzte ein mit 27 in den Berliner und den benachbarten Reichstags-Wahlkreisen am 4. stattgehabten Volksversammlungen, in welchen gegen den Anstieg der Reichstags-Wahlkreise Protest erhoben wurde.

Am 7. tagte eine Konferenz des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands für die Justizstellen der Provinz Brandenburg im Gewerkschaftshaus.

Für das neu zu errichtende Gewerbegericht in Groß-Lichterfelde fanden am 9. und 10. die Wahlen der Richter statt.

Am 14. fanden die Gewerbegerichtswahlen in Neu-Weißensee statt. Es siegte die Liste des Gewerkschaftsartells. — Am gleichen Tage wurde in Wilmersdorf eine Protestversammlung gegen die Gewalttätigkeit der Majorität im Reichstags abgehalten. — Ebenfalls am 14. tagte in Berlin eine Provinzialkonferenz der Filialen des Verbandes der Steinseher und Berufsgenossen.

Der 16. brachte vier Protestversammlungen der Metallarbeiter gegen die Entlassung von Arbeitern aus den Krupp'schen Werken wegen Nichtunterzeichnung der Kaiser-Adresse und gegen die Ergebenheits-Adresse der deutschen Ingenieure. — Am gleichen Tage fand in Rixdorf eine Ergebniswahl zur Gemeindevertretung für den ausgeschiedenen Gemeindevorsteher Dorn statt.

Durch einen Sturm vom Bau verunglückte am 19. tödlich der Gemeindevorordnete von Pichlerberg, Maurer Ferdinand Franke. In ihm verlor die Partei einen alten wackeren Kämpfer.

Auch am 21. schied ein braver Parteigenosse aus dem Leben. Durch den plötzlichen Tod von Hermann Bernick erlitten die Charlottenburger Genossen einen herben Verlust. Zur Würdigung des Weihnachtsfestes fand am 24. vormittags in Spandau eine Arbeitslosen-Versammlung statt. — Abends wurde im Berliner Gewerkschaftshaus für die dort logierenden „fremden“ Arbeitsgenossen eine Weihnachtsfeier veranstaltet.

Die Flucht der Ereignisse des Jahres fand mit der am 26. vollzogenen Befestigung Hermann Bernicks einen traumatischen Abschluß.

Einkommen und Lebenshaltung der Berliner Maurer.

Der Centralverband der Maurer hat beauftragt bei der Organisation der Berliner Bauunternehmer den Antrag gestellt, daß mit Beginn der neuen Vertragsperiode der Stundenlohn von 65 Pf. auf 70 Pf. erhöht werde. Zur Begründung dieser Forderung hat die Berliner Zeitung des Centralverbandes der Maurer eine äußerst sorgfältige Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben der Berliner Maurer gemacht, und dadurch nachgewiesen, daß sich die Ausgaben infolge der Verteuerung aller notwendigen Bedarfsartikel in den letzten Jahren erheblich vermehrt haben, wodurch die geforderte Lohnerhöhung gerechtfertigt erscheint. Die Schrift ist zunächst als Unterlage für die Beratungen in der Ritzherner-Kommission bestimmt. Sie bietet jedoch eine Fülle lehrreichen Materials, welches auch für weitere Kreise Interesse hat, und deshalb in seinen wesentlichsten Teilen hier wiedergegeben wird:

Um die Lebenshaltung zu ergründen, ist es vor allen Dingen notwendig, die Einnahme unter Berufsollegen festzustellen.

Das Jahr hat abgänglich der gesetzlichen Feiertage ca. 301 Arbeitstage. Leider gehen infolge der natürlichen Beeinträchtigung durch Regen und Frost, sowie dadurch, daß unser Handwerk infolge der Einführung der gesetzlichen Trockenzeit zur Saisonarbeit ausgewachsen ist, regelmäßig eine beträchtliche Anzahl Arbeitslosen-Tage von dieser Zahl ab.

Nach einer vom Centralverband der Maurer Deutschlands im Winter 1899/1900 aufgenommenen Statistik, welche sich über die vier Wintermonate Dezember, Januar, Februar und März erstreckte, feierten von 4412 Berliner Maurern 4047 (91,72 Proz.) 124 567 Tage wegen Arbeitsmangel und ungünstiger Witterung. Im Durchschnitt feierte jeder der 4047 Maurer in den vier Monaten 30 1/2 Tage. Der Winter 1899/1900 war ein verhältnismäßig sehr gelinder, so daß die Unterbrechungen der Arbeit durch Schnee und Frost nur sehr minimale waren. Bei kalten und anhaltenden Wintern sind die Maurer durchschnittlich 50 Tage und darüber arbeitslos, so daß man wohl das Richtige trifft, wenn man annimmt, daß jeder Maurer im Winter durchschnittlich eine Arbeitslosigkeit von 40 Tagen durchzumachen hat. Nach gelindem Winter folgt mit ziemlicher Sicherheit im Frühjahr eine größere Arbeitslosigkeit infolge eintretenden Materialmangels, so daß ein steter Ausgleich zu bezeichnen und deshalb die Zahl von 40 Arbeitslosen-Tagen im Winter eher zu niedrig als zu hoch bemessen ist. In den übrigen acht Monaten feiern nach den durchschnittlichen Arbeitslosmeldungen der letzten drei Jahre die Maurer 20 Tage wegen Arbeitsmangel und ca. 20 Tage durch den häufigen Arbeitswechsel, wegen Regen und Materialmangel usw. ca. 20 Tage, so daß jährlich jeder Maurer 80 Tage im Durchschnitt arbeitslos ist.

Es bleiben sonach nur 221 Arbeitstage übrig, in welchen nach der durch Vertrag festgesetzten Arbeitszeit und einem Stundenlohn von 65 Pfennig 1239,16 M. verdient werden dürfen. Dieser Betrag kann wohl mit Recht als das durchschnittliche Einkommen eines Berliner Maurers angesehen werden.

Die Art unseres Berufes läßt nun annehmen, daß ca. ein Viertel der hiesigen Maurer (jüngere und bessere Arbeiter) vielleicht nur im Durchschnitt 40 Tage arbeitslos ist, weil sie verhältnismäßig länger auf einer Baustelle beschäftigt werden und bei eintretendem Wechsel der Arbeit auch am leichtesten wieder in neue Arbeit treten, so daß diese eine Jahreszunahme bis zu 1461,60 M. erzielen können. Für die Hälfte der Maurer würde das oben normierte Durchschnittseinkommen und für das letzte Viertel, ältere Maurer über 40 Jahre und schwächere, sowie junge Gesellen, welche jährlich bis 90 Tage und darüber arbeitslos sind, würde ein Einkommen von ca. 1181,60 M. und darunter anzunehmen sein. Diese letzteren müssen alle als Vollgelehrte gelten, da altersschwache und invalide Maurer nicht eingerechnet sind.

Nach dieser Aufstellung bezieht sich das Durchschnittseinkommen eines Berliner Maurers täglich auf 4,11 Mark.

Es erscheint notwendig, vorerst eine Uebersicht über die Verteilung der jährlichen Ausgaben einer Familie mit zwei Kindern zu geben, um an der Hand dieses eine Mehr- oder Minder-Ausgabe für einzelne Verwendungszwecke feststellen zu können.

Table with 4 columns: Art der Ausgaben, and 4 columns of monetary values (M., Pf.). Rows include: 1. Wohnungsmiete für das Jahr, 2. Heizung, 3. Beleuchtung, 4. Kleidung, Wäsche (Anschaffung und Reparatur), 5. Nahrungsmittel (Essen und Trinken) im Haushalt, 6. a) Schwarz- und Weißbrot, b) Fleisch, Speck, Wurst, c) Butter, Margarine, Schmalz, Honig, d) Gemüse, e) Obst, f) Kartoffeln, g) Eier, Mehl und sonstige Nahrungsmittel, h) Kaffee, Thee, i) Bier, k) Branntwein und Liqueur, l) Sonstige Getränke, wie Milch usw., 6. a) Essen im Wirtschafte, b) Trinken im Wirtschafte, 7. Cigarren und Tabak, 8. Wäber, 9. Vereinsbeiträge, 10. Beiträge für Versicherungen, 11. Für Arzt, Medizin und Krankheit, 12. Steuern, 13. Für Vergnügungen, 14. Straßenbahn, Stadtbahn, Omnibusse usw., 15. Sonstige regelmäßige Ausgaben, 16. Außerordentliche Ausgaben für Möbel, Umzug usw., darunter für Deckung des vorjährigen Defizits.

Wenn auch die Aufstellung der Jahresausgabe der Arbeiterfamilie von Seiten des Statistischen Amtes von uns als grundlegende Norm betrachtet werden kann, so sind wir doch in der Lage, auf Ausgaben der Maurer hinzuweisen, welche das Budget unserer Kollegen noch besonders belasten. Unsere Berufsgenossen haben infolge der Eigenart unseres Gewerbes eine Menge Ausgaben, die in

anderen Berufszweigen nicht oder nur zu einem geringen Bruchteil in Betracht kommen.

Da der Maurer, weil er seine Arbeitsstelle oft zu wechseln gezwungen ist, nicht in der Nähe des Arbeitsplatzes wohnen kann, so verbringt er eine Unsumme von Fahrgehl und zur Arbeitsstelle, welches auch bezahlt werden muß, wenn die Arbeit auf längere Zeit, oft mehrere Tage, durch Regen, Frost, Materialmangel usw. unterbrochen wird. Ein Umfrage ergab, daß von 1470 Maurern, welche diese Frage beantwortet hatten, ein jeder im Durchschnitt 35,40 M. jährlich an Fahrgehl ausgeben hatte.

Eine weitere Ausgabe erwächst unseren Kollegen infolge der oft weiten Entfernung der Arbeitsstätte von der Wohnung dadurch, daß sie in den weitans meisten Fällen kein warmes Mittagessen von Hause bekommen können, und deshalb mit ihrem Bedarf an Speisen und Getränken mehr oder weniger auf das Wirtschaftshaus angewiesen sind.

Das Arbeiten in heißer Sonnenglut und die Staubentwicklung auf der Arbeitsstätte erfordern naturgemäß und regelmäßig eine größere Ausgabe für Getränke. Ein tägliche Ausgabe für Bier usw. von 20 Pf., gleich jährlich 221 mal 20 gleich 44,20 M. würde aus diesem Grunde nicht zu hoch veranschlagt sein.

Wie aus der Aufstellung des Statistischen Amtes hervorgeht, ist das Budget im Jahre 1900 aufgestellt und würde dasselbe heute eine große Veränderung erfahren müssen. Die Preise für die Lebenshaltung unentbehrlichsten Gebrauchsgegenstände sind gewaltig gestiegen, während die Löhne in unserem Gewerbe dieselben geblieben sind.

Es ist deshalb infolge der in den letzten Jahren ganz enorm gesteigerten Wohnungsmieten sowie der bedeutend erhöhten Holz- und Kohlenpreise und der infolge der Fleischnot bald unerträglich gewordenen Fleischpreise und anderer Konsumartikel eine thätigkeitsverschlechterung der Lebenshaltung unserer Berufsollegen eingetreten.

Eine im November dieses Jahres von unserer Organisation in allen Bezirken Berlins vorgenommene Wohnungsstatistik zeitigte folgendes Resultat: Von insgesamt 832 im Stadtbezirk Berlin kontrollierten Wohnungen bewohnten 660 Maurer je eine Stube und Küche und 172 je zwei Stuben und Küche. Der durchschnittliche Wohnungspreis betrug pro Jahr für

Table with 4 columns: Im Jahre, für 1 Stube und Küche, für 2 Stuben und Küche, insgesamt. Rows for years 1899, 1900, 1901, 1902.

Es wäre sonach vom Winter 1899/1900 bis heute eine durchschnittliche Steigerung der Wohnungsmieten um 38,88 M. zu verzeichnen. In dieser Aufstellung sind alle Wohnungen ausgeschlossen, wovon ein Teil derselben an Einlogierer vermietet worden ist. Würden diese Wohnungen, die zumeist aus zwei Stuben und Küche bestehen, mit eingerechnet werden, so würde sich die durchschnittliche Mietsteigerung auf ca. 42 M. beziffern.

Nach höher ist die Steigerung der Wohnungsmieten in den westlichen Bezirken und Vororten. Gelegentlich der allgemeinen Volkszählung am 1. Dezember 1900 wurde (wie auch im Jahre 1895) in Charlottenburg eine allgemeine Aufnahme der Verhältnisse der Grundstücke und Wohnungen veranstaltet. Es wurde festgestellt, daß der Durchschnittspreis für Wohnungen mit ein und zwei Zimmern 283,5 M. betrug. Im November d. J. betrug der Durchschnittspreis von Wohnungen mit einem Zimmer nach unseren Ermittlungen 24,96 M.; für Wohnungen mit zwei Zimmern 390 M.; im Durchschnitt also 827,48 M. Sonach ist hier eine durchschnittliche Mietsteigerung von 43,98 M. zu verzeichnen.

Auch bezüglich der Holz- und Kohlenpreise ist in den letzten Jahren eine große Veränderung vorgegangen. Im verflohenen Jahre erreichte der Preis des Heizungsmaterials eine Höhe wie nie zuvor. Infolge der in den letzten Jahren hereingebrochenen industriellen Krise und dem dadurch verminderten Fabrikbetrieb wurde die Kohle wieder billiger, so daß sie den alten Stand von 1899/1900 wieder erreichte. Indessen muß doch festgestellt werden, daß das wohl in Arbeiterfamilien am meisten gebrauchte Feuerungsmaterial, die Kehlholze, noch heute um 50 Pf. pro Tausend teurer ist als im Jahre 1899.

Selbst die Brotpreise weisen von 1899 bis heute eine beträchtliche Erhöhung nach. So kostete nach den Berichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin das Kilogramm Schwarzbrot im Jahre 1899 23,77 Pf., im Jahre 1902 24,26 Pf., Steigerung pro Kilogramm 0,49 Pf.; 1 Kilogramm Weißbrot kostete 1899 40,85 Pf., 1902 45 Pf., die Steigerung beträgt also pro Kilogramm 4,15 Pf. Bei einem jährlichen Verbrauch einer Familie mit zwei Kindern an Schwarz- und Weißbrot von 82,50 M. nach dem vorst. aufgeführten Jahresbudget (welcher Betrag uns viel zu niedrig erscheint) würde die Preissteigerung pro Jahr 5,14 M. ausmachen.

Eine ganz enorme Steigerung ist vornehmlich in den Fleischpreisen von 1899 bis 1902 zu verzeichnen. Am deutlichsten geht diese Steigerung aus folgendem hervor: Die Durchschnittspreise für Schweine zweiter Qualität (wohl die in Arbeiterkreisen am meisten konsumierte Fleischsorte) pro 50 Kilogramm betragen nach den amtlichen Nachrichten am Berliner Markt in runder Zahl in Mark:

Table with 4 columns: 1899, 1900, 1901, Mitte September 1902. Row for price per 50 kg.

Schon gegen Ende des vorigen Jahres ist bei allen Fleischsorten eine Erhöhung des Preises sowohl in Großhandel als auch im Konsumverkehr eingetreten. Die hohen Preise des Schweine-, Rind- und Hammelfleisches haben auch einen bedeutenden Einfluß auf andere Fleischsorten ausgeübt. So kostet beispielsweise augenblicklich das Pfund Gänsefleisch 63 Pf. gegen 55 Pf. in den Jahren 1900 bis 1901. Das Schmalz ist innerhalb derselben Zeit von 40 auf 80 Pf. gestiegen usw.

Nach einer ständigen Statistik im „Arbeitsmarkt“ von Dr. Jostrow gestellten sich die Preise der wichtigsten Ernährungsmittel nach den „amtlichen Marktberichten“ in Berlin folgendermaßen:

Table with 5 columns: 1. 11. 99., 1. 11. 00., 1. 11. 01., 1. 11. 02., and a column for price. Rows for various food items like Rindfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Reis, Bohnen, Erbsen, Weizenmehl, Buchweizen, Kartoffeln, Brot, Butter.

Das Kilogramm Fleisch ist seit 1900 um durchschnittlich 27 Pf. im Preise gestiegen. Bei einem jährlichen Verbrauch in der Familie an Fleisch, Wurst und Speck (Haushaltung von vier Personen) von nur 107,64 M. im Jahre 1900 muß heute für dasselbe Quantum ca. 64 M. mehr bezahlt werden.

Wenn wir das vom Statistischen Amt aufgestellte Jahresbudget als Grundlage für unsere Berechnung annehmen, so haben wir es getan, weil dasselbe mit nur geringen Abweichungen ungefähr mit den Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben vieler unserer Kollegen zusammenfällt. Es könnten an einzelnen Punkten wohl ganz geringe Kürzungen vorgenommen werden, an anderen Stellen müssen dagegen erhebliche Steigerungen eintreten. Nun haben wir in Vorliegendem ganz beträchtliche Steigerungen für gewisse Verwendungszwecke nachgewiesen, so den Preis der Wohnungen um . . . . . 88,88 M.  
des Brotes um . . . . . 5,14  
des Fleisches um . . . . . 64.—  
in Summa 98,02 M.

Dass diese Aufstellung ungefähr das Richtige trifft, wird wohl dadurch bewiesen, daß auch die Erhebungen und Veröffentlichungen des Herrn Dr. Jastrows im „Arbeitsmarkt“ die vermehrte Aufwendung für den Familienbedarf im letzten Jahre auf 1,91 M. beziffert, was eine jährliche Mehrausgabe von 89,92 M. ergibt.

Da der Lohn im Nahrungsgewerbe von 1900 bis heute eine Erhöhung nicht erfahren hat, die Einnahmen also dieselben geblieben, wohl aber die Ausgaben für die Befriedigung der wichtigsten Lebensbedürfnisse sich um die genannte Summe vergrößert haben, so kann dies nur geschehen auf Konto einer verschlechterten Lebenshaltung.

Hinzu kommen noch die schon gezeigten Extra-Ausgaben, die infolge der Eigenartigkeit unseres Gewerbes unsern Kollegen erwachsen. So haben wir festgestellt, daß  
an Fahrgehalt . . . . . 35,40 M.  
an dem größeren Trinkbedarf . . . . . 44,20  
an Extra-Ausgaben . . . . . 50.—

also durchschnittlich ca. 150,00 M. ausgegeben werden müssen, welche Ausgaben in dem Haushalts-Budget nicht mit aufgeführt worden sind. Ganz selbstverständlich ist es, daß auch diese Summe auf das Konto der Verschlechterung der Lebenshaltung in der Familie kommt.

So es auch nur irgend angänglich war, mußten Frauen und Kinder mitearbeiten, um das Defizit zu decken; bei anderen mußte, selbst in Wohnungen mit nur einer Stube und Küche, ein Bett an Einlogierter vermietet werden. Wo beides infolge der gegebenen Verhältnisse nicht möglich ist, muß die Ernährungsweise verschlechtert werden. Das Fleisch beschwindet als Ernährungsmittel und wird zum Genussmittel. Mit dieser Verschlechterung der Lebenshaltung tritt naturgemäß eine Degenerierung unserer Berufskollegen, aber auch eine Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ein, da nur der gut genährte Arbeiter tüchtig sein kann.

Wenn jemals eine Erhöhung des Einkommens unserer Berufskollegen eine begründete und dringende notwendig geworden, so ist es wohl außer Zweifel die jetzige, die Erhöhung des Stundenlohnes von 65 auf 70 Pf.

Eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. bedeutet für die Berliner Maurer nach der vorne aufgestellten Berechnung und unter Zugrundelegung der durch Vertrag festgesetzten Arbeitszeit eine Mehreinnahme von durchschnittlich 95,32 M. für das Jahr.

Wenn wir nun die Mehrausgaben einer Familie infolge der Teuerung allein für Wohnung, Brot und Fleischwaren schon auf 98,02 M. jährlich feststellen, so ergibt sich, daß durch eine Lohn-erhöhung um 5 Pf. pro Stunde die entstandene Differenz noch gar nicht gedeckt wird.

Unsere Generalversammlung ist sich dieser Thatsachen vollständig bewußt gewesen und erwartet von der Richter-Kommission in Würdigung der geschilderten Zustände die Festsetzung des Stundenlohnes für das nächste Vertragsjahr auf 70 Pf.

## Partei-Nachrichten.

**Partei-Presse.** Aus der Redaktion der „Färther Bürger-Zeitung“ scheidet am 29. Dezember Genosse Quini in Färth aus, um in die Redaktion der „Frankfurter Volksstimme“, an welchem Blatte er schon früher wirkte, einzutreten. Die Redaktion der „Bürger-Zeitung“ übernahm am gleichen Tage Genosse Böllner-Färth.

**Gemeindevahlen.** In Drambach (Sachsen) wurden vier Parteigenossen in den Gemeinderat gewählt, so daß unsere Partei jetzt über 9 von 14 Mandaten verfügt, also die Mehrheit im Kollegium hat. In Ebersbach in der sächsischen Lausitz wurden zwei Parteigenossen gewählt. In Dramwinkel (Gotha) siegten drei Sozialdemokraten, während in Thal, gleichfalls in Gotha, einer gewählt wurde.

Als Reichstags-Kandidat für Dresden-Reinmarkt wurde der Genosse Schütz einstimmig wieder proklamiert.

## Gewerkchaftliches.

**Zur Geschichte des Tapezierer-Gewerbes und der Organisation der deutschen Tapezierer-Gewerkschaften** bezieht sich eine Broschüre, welche vom Tapezierer-Verband (L. Grünwald, Hamburg) herausgegeben ist. Der Inhalt der 116 Seiten starken Broschüre entspricht dem Titel, denn es ist alles wichtige, auffindbare Material zusammengetragen, so daß ein anschauliches Bild sowohl über das Gewerbe selbst, als auch über die Kämpfe und Bestrebungen der Organisation seit ihrem Bestehen gegeben ist.

Die ersten Lohnkämpfe und Organisations-Bestrebungen der Tapezierer datieren vom Jahre 1872. Im Jahre 1875 wurde ein Verband gegründet und am 1. April 1877 erschien die erste Nummer der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“. Diese einheitliche Organisation und das Fachorgan, von dem bereits im September 1878 die letzte Nummer erschien, waren nicht von Bestand. Wie alle übrigen Kampforganisationen der Arbeiter, so fiel auch die der Tapezierer dem Sozialistengesetz zum Opfer. Aber schon nach kurzer Zeit wurde in verschiedenen Städten der Versuch gemacht, neue Vereinigungen zu gründen, und im April 1885 erschien bereits wieder eine neue Fachzeitung. Jedoch auch in den späteren Jahren blieben die Organisations-Verhältnisse recht mißliche, zumal lange Zeit der Streit um die Organisationsform vorherrschte, bis im Jahre 1897 der Verband in seiner jetzigen Form geschaffen wurde. Der Verband hat in den fünf Jahren gute Fortschritte gemacht und zahlreiche Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zum großen Teil mit recht guten Erfolgen geführt. Die Mitgliederzahl ist von 1844 im Jahre 1897 auf 4818 im Jahre 1902 gestiegen und die Filialen haben sich von 34 auf 106 vermehrt. Aber trotzdem bedarf es noch einer sehr regen Tätigkeit aller fortgeschrittenen Berufsgenossen, um die Organisation noch weiter zu kräftigen. Nach der Verfassungsänderung von 1895 betrug die Zahl der im Tapezierer-Gewerbe beschäftigten Personen insgesamt 20 558, wovon etwa 13 000 als Organisationsfähig in Betracht kommen. Allerdings wird die Agitation, obwohl sie sich in der Hauptsache auf die größeren Städte beschränken kann, durch die sehr große Anzahl der Kleinbetriebe und die eigenartigen Berufsverhältnisse sehr erschwert. Von dem Vorstand der Central-Krankenkassen und Stierelasse der Tapezierer und verwandten Berufsgruppen in Hamburg gemacht, in der festgesetzt ist, daß von den erkrankten Mitgliedern 10 Proz. an Lungenerkrankungen und über 10 Proz. an Rheumatismus erkrankt waren, und daß von den verstorbenen Mitgliedern 46,8 Proz. an Lungenerkrankungen gestorben sind. Die Ursache dieser unangünstigen Gesundheitsverhältnisse findet der Rapportvorstand teils in der Beschäftigung mit staub-erzeugenden Arbeiten, teils aber auch und zwar ganz besonders in der Beschaffenheit der Werkstätten, von denen eine erhebliche Zahl, in einzelnen Orten bis zu 25 Proz., in Kellerräumen untergebracht sind. Diese Kellerräume sind infolge ihrer tiefen Lage unter dem sie umgebenden Erdboden feucht und schlecht ventilierbar und ohne Sonnenlicht. — Der Vorstand hat eine Eingabe an das Reichs-Gesundheitsamt gerichtet, in der die skandalösen Zustände geschildert wurden und die zur Folge hatte, daß der Minister für Handel und Gewerbe unterm 2. Mai 1902 an die Regierungs-Präsidenten und

den Polizei-Präsidenten von Berlin einen Erlaß richtete, wonach die Werkstätten untersucht und festgestellt werden sollten, ob die Beschäftigung der vorhandenen Arbeiter den Polizeibehörden gemäß § 120d der Gewerbe-Ordnung überlassen werden kann, oder ob ein Vorgehen auf Grund des § 120e erforderlich ist. Vor der Bericht-erstattung an den Minister sollen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten gutachtlich und evtl. auch Vertreter der Beteiligten gehört werden. — Hoffentlich bleibt es nicht bei den Untersuchungen und folgen bald gesetzliche Bestimmungen, durch welche diese Mißstände beseitigt werden können. Doch nügen die besten Bestimmungen sehr wenig, wenn nicht eine kräftige Organisation vorhanden ist, die für deren Durchführung Sorge trägt. Eine alle Berufsgenossen umfassende Organisation ist umso nötiger, als im Tapezierer-Gewerbe insgesamt außerordentlich ungünstige Arbeitsverhältnisse vorherrschen, die jedem die Pflicht auferlegt, innerhalb der Organisation und gemeinsam mit den übrigen Kollegen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

### Ausland.

**Streiks in Frankreich im Monat November.** Dem Arbeitsamt wurden im November 32 neue Streiks, darunter einer der Vätermeister gemeldet. Die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug 8861. Im November 1901 fanden 33 Streiks statt, während die Durchschnittszahl der Novembermonate der letzten fünf Jahre 47 betrug. Die 32 Streiks, von denen 23 sich nur auf einen Betrieb erstreckten, waren meist nur von geringer Dauer. Sechs dauerten einen Tag oder weniger, nur elf erreichten eine Dauer von über einer Woche; der längste hatte eine Dauer von 24 Tagen. Bei 14 der Streiks handelte es sich um Erhöhung des Lohnes, bei zwei um Aufrechterhaltung der Tarife, bei zwei um Festsetzung eines Lohnminimums, bei drei um Regelung der Arbeitszeit usw. Zehn der Streiks endeten für die Arbeiter erfolgreich, 14 erfolglos und zehn durch Kompromiß. (Hingezählt sind hier einige Streiks, die vom Oktober her dauerten.)

## Aus Industrie und Handel.

**Jahresbericht der Hamburger Handelskammer.** Wie immer, kommt auch diesmal unter den Handelskammern die Hamburger zuerst mit ihrem Bericht über das endende Wirtschaftsjahr heraus, der in längeren Ausführungen eine gute Uebersicht über das Geschäftsleben der größten aller deutschen Handelsstädte bietet. Ueber die „allgemeine“ Lage heißt es zu Anfang des Berichts:

Die wirtschaftliche Lage des Berichtsjahres ist im allgemeinen als eine wenig günstige zu bezeichnen. Der auf die vorangegangene Hochkonjunktur erfolgte Rückschlag, der sich bereits im Jahre 1900 in einzelnen Erwerbszweigen angekündigt und sich alsdann während des Jahres 1901 unter starken Erschütterungen auf fast alle Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens ausgebreitet hatte, ist vielleicht während des vergangenen Jahres in den meisten Geschäftszweigen zu einem Stillstand gekommen, eine Besserung ist aber jedenfalls noch nicht eingetreten. Wenn wir im vorjährigen Berichte der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß nach Ausschleudung der derzeit hervorgetretenen krankhaften Auswüchse des deutschen Erwerbslebens die Befreiung der Verhältnisse desto eher und gründlicher vor sich gehen werde, so hat sich diese Hoffnung leider nicht erfüllt. Allerdings haben sich die einschneidenden finanziellen Zusammenbrüche, die eines der charakteristischsten Merkmale des Vorjahres bildeten, nicht wiederholt, in dessen Scheitern es jetzt, als wenn mit einer längeren Dauer des eingetretenen Tiefstandes des gesamten Geschäftsebens gerechnet werden muß. Es ist und wird noch ferner die nächste Aufgabe von Handel und Industrie sein, sich mit der erheblichen Wertverminderung ihres mobilen und immobilien Besitzstandes abzufinden. Das ist eine harte, aber unabweisbare Aufgabe.

Die Ursachen dieser andauernd unangünstigen Lage des deutschen Geschäftslebens sind in dem Zusammenwirken der mißlichen Verhältnisse im eigenen Lande und der wenig erfreulichen Beziehungen zu andern Ländern zu erblicken. Der Inlandsmarkt hat die Folgen der früheren Ueber-  
spannung der industriellen Tätigkeit noch nicht überwunden und kann hierzu auch erst allmählich gelangen, indem mit der Zeit wieder Produktion und Verbrauch in das richtige Verhältnis zu einander gebracht werden. Und auch der Außenhandel, der sonst in solchen Zeiten berufen ist, einen Faktor des Ausgleichs und des Rückschlages für die Gesamtwirtschaft Deutschlands, vor allem die Industrie, zu bilden, ist von der allgemeinen Ungunst der Lage in Mitteleuropa gezogen.

Zu diesen wenig erfreulichen Momenten trat als eines der wichtigsten die Lage der Dinge auf handelspolitischem Gebiet hinzu. Die Maßlosigkeit der agrarischen Forderungen und die erbitterte, alle geschäftsbildungsmöglichen Mittel zur Hinausschiebung der Beschlußfassung benutzende Gegenwehr der auf dem entgegengesetzten Standpunkte stehenden Parteien haben ein Gefühl lähmenden Unbehagens in unserer Volkseele hervorgerufen. Die Unsicherheit der künftigen Gestaltung unserer Handelsverträge mit dem Auslande machte sich je länger je mehr in den geschäftlichen Beziehungen fühlbar, und in gleicher Richtung wirkten die **großenwärtigen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsenen, dann aber zu allgemeiner politischer Bedeutung gelangten Verstimmungen der verschiedenen Völker.**

**Auf den obersteilsten Berg- und Hüftenmännlichen Vereins** die Gesamtproduktion im dritten Quartal 7.435.511 Tonnen gegen 6.819.583 Tonnen im zweiten Quartal. Der Gesamtwert der verkauften Produkte betrug 104.822.476 M. gegen 97.148.785 M. Es entfällt auf die Steinkohlen- und Erzgruben eine Produktion von 6.638.665 Tonnen gegen 6.067.852 Tonnen, auf die Eisen- und Stahlindustrie eine Erzeugung von 395.547 Tonnen gegen 382.158 Tonnen.

**Ueber die Lage der österreichischen Eisen-Industrie im Jahre 1902** heißt es im soeben veröffentlichten Jahresbericht des Vereins der österreichischen Montan-, Eisen- und Maschinen-Industriellen: Der Bedarf an Rohstoffen, namentlich an Eisenerz-Mohlen, ist gegenüber dem Vorjahre neuerlich reduziert. Der Absatz an Halb-fabrikaten und Walzisen, namentlich jener für Maschinenfabriken, ist ein über alles Erwartete vermindertes. Die Blechfabrikation litt an empfindlichem Mangel an Aufträgen und lebte von der Hand in den Mund, so daß die Preise kaum die Herstellungskosten deckten. Der Absatz an Feinblechen sowie an veredelten verzinnnten Blechen ließ besonders seit dem Herbst empfindlich nach. Die Produktion von Stahlstrahlen ist wesentlich geringer, weil weniger Drahtseile verkauft wurden. Die Eisengießereien haben ein sehr schlechtes, vielleicht das schlechteste Jahr hinter sich, das sie bisher in Oesterreich erlebt haben. Nirgends war Bedarf. Das ganze Wirtschaftsleben stockt und bei der Unsicherheit der innerpolitischen Verhältnisse und bei der Ungewißheit über den Ausgang der handelspolitischen Verhandlungen mit Ungarn und den übrigen Staaten wurde niemand zu größeren Investitionen und zur Ausdehnung seines Betriebes angeregt. Wenn auch die Inlandsproduktion nur geschätzt werden kann, so dürfte doch die Erzeugung an Eisenguß kaum ein Drittel eines normalen Jahres betragen haben. Die Stahlgießerei war infolge der geringeren Bestellungen der Lokomotiv-, Wagon- und Maschinenfabriken schwach beschäftigt. Es wurden hauptsächlich Stücke geringeren Gewichts erzeugt, wodurch der Gesamtumsatz eine bedeutende Einbuße erlitt. Die Erzeugung von Bau- und Brückenkonstruktionen ist noch nie so lässig ausgefallen als im abgelaufenen Jahre. Die Preise der Eisenkonstruktionen sind meistens bis auf die Selbstkosten, manchmal — besonders bei Brücken — unter dieselben gesunken, und die Arbeiterzahl ist um ein Drittel und mehr trotz Einschränkung der Arbeitszeit reduziert worden.

**Produktionsbeschränkung des Coalksyndikats.** Wie die „Rhein-Westfäl. Zeitung“ von zuständiger Seite hört, wird beim Coalksyndikat für Januar eine zwanzigprozentige Produktionsbeschränkung (gegen vorgelegene 17 Prozent im Dezember) erforderlich sein. Einen formellen Beschluß werde die nächste Versammlung fassen.

**Der Einfluß der Elektrifizierung auf den Bau der Dampfmaschinen in Preußen.** Daß die Erzeugung von Elektrizität durch Dampfkraft auf die Bauart der Dampfmaschinen einen wichtigen Einfluß ausgeübt hat, ist bekannt; inzwischen sind nun dieser Einfluß auf die Herstellung besonders großer und leistungsfähiger Maschinen für die elektrischen Centralstationen und andere Zwecke geltend gemacht hat, läßt die alljährliche Erhebung der Dampfkraft in Preußen durch das k. k. statistische Bureau deutlich erkennen. Hiernach waren am 1. April 1900 bereits 87 Dampfmaschinen für Elektrizitätszwecke im Betriebe, welche mit einer höchsten Leistungsfähigkeit von 1000 Pferdestärken und darüber arbeiteten; ihre Zahl stieg am 1. April 1901 auf 50, und an demselben Tage 1902 wurden 71 derartige Dampfmaschinen in Preußen ermittelt, so daß deren Zahl im Verlaufe von zwei Jahren sich beinahe verdoppelt. Unter diesen 71 Dampfmaschinen befanden sich

23 zu je 1000 Pferdestärken	9 zu je 1500 Pferdestärken
2 „ 1100 „	1 „ 1648 „
4 „ 1180 „	1 „ 1700 „
12 „ 1200 „	4 „ 1900 „
1 „ 1250 „	2 „ 2000 „
1 „ 1400 „	3 „ 3080 „
1 „ 1450 „	7 „ 4000 „

Die härteste Vernehmung gegen das Vorjahr hatten hierbei die Dampfmaschinen mit 1200 Pferdestärken höchster Leistungsfähigkeit ergeben, indem sie von 1 auf 12 stiegen; im übrigen vermehrten sich die Maschinen mit 1000 Pferdestärken um 5, diejenigen mit 1500 Pferdestärken um 2, die mit 4000 Pferdestärken um 1 gegen das Vorjahr, während 2 Maschinen mit 1250 bezw. 1450 Pferdestärken größter Leistungsfähigkeit neu hinzu kamen.

## Vermischtes.

**Aus Plauen im Voigtl.** wird berichtet: Im Wälderschen Steinbruch ereignete sich heute vormittag eine Dynamit-Explosion, wobei zwei Arbeiter schwer verletzt wurden; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

**Die Furcht vor dem Mißgriff.** Wie wenig ernst man es in Oesterreich mit der Belämpfung des Wäldchenhandels meint, erhellt aus folgender Geschichte, die — wie wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen — das „Prabo Lidu“ mitteilt: Vor einigen Tagen fuhr in einem Zuge, der von Krakau nach Prag ging, etwa fünfzehn Wäldchen im Alter von 15 bis 18 Jahren, größtenteils galizische Jüdinnen, die von einem galizischen Juden begleitet waren. Die Wäldchen erzählten auf Befragen, daß sie nach New York fahren. Die Mitreisenden sprachen die Befürchtung aus, daß die Wäldchen in Amerika an Bordelle verkauft werden würden, und diese Ansicht bestätigte auch ein Schaffner, der erklärte, daß jeden Tag eine Anzahl Wäldchen mit diesem Zuge fährt, an manchen Tagen bis zu sechzig, ohne daß sich jemand darum kümmern. Einer von den Reisenden meldete das in Prag dem diensthabenden Polizeinspektor, der jedoch erklärte, daß sich da nichts thun lasse, da man leicht einen Mißgriff begehe. Die Polizei wisse davon, aber sie könne sich nicht helfen, wenn kein besonderer Anlaß zum Einschreiten gegeben sei. Als der Reisende verlangte, daß der Leiter des Polizeikommissariats der Staatsbahn geholt werde, kam der Polizeikommissar Nyborn, der aber keine große Lust zeigte, einzuschreiten, wieder mit der Begründung, daß er keinen Mißgriff machen wolle. Schließlich ging er doch mit dem Anzeiger zum Zuge. Auf seine Frage, wohin sie reisen, gaben alle Amerika als Ziel ihrer Reise an, und ihr Führer sagte, sie seien ihm anvertraut, und er sahre deshalb mit ihnen. Die Wäldchen hatten jede ihr Arbeitsbuch, aber keine konnte sich mit einem Paß ausweisen. Der Kommissar erklärte nun, es lasse sich nichts machen, höchstens, daß er nach Bodenbach telegraphiere, damit die An-geliegenheit dort erledigt werde. Das „Prabo Lidu“ sagt hinzu, daß täglich Hunderte von Wäldchen auf dem Wege über Prag ver-handelt werden und daß die Polizei das ruhig dulde, um keinen Mißgriff zu machen, wo doch fast jeden Tag in den Straßen von Prag ein Polizeistübergriff vorkomme. Allwöchentlich fahren etwa 200 Wäldchen aus Galizien über Prag nach Leipzig, Dresden, Bremen und Hamburg, und alle werden sie durch läghafte Ver-sprechungen hinausgelockt. Das „Prabo Lidu“ verlangt, daß die Polizei den Paß, den sie sonst nur gegen Arbeiter zeigt, endlich auch gegen die Wäldchenhändler ausfringe.

Eine Luftspiegelung (Fata morgana) ist am Sonntagmorgen von mehreren Personen auf dem Wege von Schilly nach Wesselsburen (Dittmarshagen) beobachtet worden. Am östlichen Himmel wurde auf einem breiten Wolkentreifen ein vom Sturm gepfeiftes Meer sichtbar, auf dem ein dreimastiges Segelschiff arg bebrängt wurde. Man konnte deutlich sehen, wie die Wellen über das Verdeck rollten. Das Schiff verschwand und zwei Dampfer, die von der See arg bedrängt wurden, kamen angefahren. Die Luftspiegelung war etwa zehn Minuten sichtbar.

**Gochwasser** hat in Leipa in Böhmen und in der Umgebung kolossalen Schaden angerichtet. Zahlreiche Brücken wurden weg-geschwemmt, viele Fabriken stehen unter Wasser. Augenblicklich ist ein langames Zurückgehen des Gochwassers zu konstatieren, und man hofft, daß nunmehr jede Gefahr für die Stadt vorüber ist.

**Influenza.** Wie in Karlsruhe, so herrscht auch in Stuttgart die Influenza in unheimlicher Weise. Die Kerze, welche kaum mehr die nötige Zeit zum Essen und Schlafen herausbringen, schäben den Kronenstand auf über 20 000 Personen. In manchen Häusern liegen 20 und noch mehr Kranke. Auch die Schulen weisen erhebliche Lücken auf. Doch verläuft die Krankheit im allgemeinen gutartig; die Sterbeziffer weist keine erhebliche Steigerung auf.

Eine römische Barbarei. Um 200 Frank als einmalige Abfindung zu erdelteln und für den stummgebildeten Jüngling eine Lebensstellung, daß Gott erbarmt, zwingt das Lebens bittere Not gewissenlose Eltern aus der Hefe des päpstlichen Rom, an ihren Söhnen eine grausame Operation vornehmen zu lassen, welche sie körperlich zeitweilig verkrüppelt und seelisch tief unglücklich macht. Es ist ein Akt wahrhaft asiatischer Barbarei, welche der „Statthalter Gottes auf Erden“ verüben läßt, um sich von vierzig Erwachsenen, die weder Weib noch Mann sind, eine Stimme in hohem Sopran vorzutragen zu lassen. Dafür erhalten die Jünglinge 50 bis 70 Frank pro Monat, die fetten Weibern gleichenden Welteren 100—150 Frank, je nach Kunst und Nebenverdienst; dem Verderbe zahlen das Doppelte. Ueber einhundert Jahre sind vergangen, seit Abbé Parini diesen frommen Brauch einen „Schandfleck“ des Papsttums nannte. Jahr für Jahr wurde die Abschaffung der Krauteren versprochen aber nie durchgeführt. Jetzt aber soll es mit dieser Reform Ernst werden. Der große „Heide“ Janardelli nämlich hat — wie der „Volkszeitung“ geschrieben wird — insgeheim eine Untersuchung angeordnet, deren Resultat die endliche Beseitigung des Unweus sein dürfte.

**Ueber das große Eisenbahn-Unglück,** welches auf der Grand Trunk Linie von Canada in der Nähe von London in Ontario statt-fand, wird dem „Daily Telegraph“ noch folgendes berichtet: 27 Personen wurden getötet und viele durch den furchtbaren Zusammenstoß sichtlich verletzt. Durch ein Versetzen eines Stations-beamten rasste der Pacific-Expresszug mit der gesteigerten Geschwindigkeit von 50 Meilen in der Stunde bei der Station Banstead in einen nach Osten gehenden Güterzug. Die Güter- und Passagierwagen stürzten sich zu einem wirren Haufen auf einander. Eilige Kälte und ein Schneesturm erhöhten noch die Qualen der unter den Trümmern Liegenden, von denen viele mehr durch Furcht und Kälte starben als an den er-haltenen Wunden. Mithila brach unter den Trümmern Feuer aus, welches aber durch die heldenmütigen Anstrengungen der unterlegt gebliebenen Passagiere unterdrückt werden konnte. Sie löschten das Feuer mit Schnee. Die Station Banstead hat keinen Nacht-telegraphisten, und die Verwundeten blieben deshalb längere Zeit ohne Hilfe. Erst sechs Stunden nach dem Zusammen-





Lokales.

Das neue Projekt für die Weiterführung der Hochbahn

nach dem Alexanderplatz, welches die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske, wie seiner Zeit gemeldet, im September d. J. aufgestellt hat, wird, falls es zur Ausführung gelangt, das Centrum Berlins mit einem ebenso interessanten, wie eigenartigen Ingenieurbauwerk bereichern. Es ist nämlich, wie aus dem der städtischen Verkehrsdeputation vorliegenden Erläuterungsberichte hervorgeht, nichts Geringeres geplant, als die Einschaltung eines Stüdes Hochbahn zwischen Spittelmarkt und Rollenmarkt. Wie schon erwähnt, wird bei der neuen, für den Verkehr unbedingt vorteilhafteren Linienführung eine zweimalige Kreuzung der Spree-Arme notwendig; angeht die Boden- und Bebauungsverhältnisse an den fraglichen Stellen würde aber die Ausführung eines Tiefunnels unter dem Wasser so große Schwierigkeiten und Kosten verursachen, daß die Verwirklichung der wichtigen Verkehrslinie Potsdamerplatz-Alexanderplatz danach wohl gänzlich scheitern würde. Abgesehen davon würden die Haltestellen - Tunnel am Spittelmarkt und Rollenmarkt so tief angelegt werden müssen, daß ihre Benutzung dem Publikum wesentlich erschwert werden würde. Endlich sprechen auch die technischen Schwierigkeiten, welche sich dem Aufstiege der Tunnelbahn vom Rollenmarkt nach der Spandauer- und Rathausstraße entgegenstellen, gegen die Ausführung einer Untergundbahn. Alle diese Umstände führen dahin, daß, wenn eine Haltestelle auch am Rollenmarkt ausgeführt werden soll, was im Verkehrsinteresse natürlich sehr wünschenswert ist, die Spree-Arme nicht unterfahren, sondern überbrückt werden müssen. Um dies zu ermöglichen, ist auf den früheren Plan zurückgegriffen worden, nach welchem die Unterpflasterbahn in dem Häuserblock zwischen Hausvogtei-Platz und Spittelmarkt zur Hochbahn aussteigt und in dieser Ausführung dann unter Überbrückung der Spree-Arme weitergeführt wird. Die Linienführung, die erst noch genau festgelegt werden wird, soll dabei so gewählt werden, daß die Rampe zur Hochbahnstrecke hinauf, sowie die letztere selbst und endlich die Rampe zur Unterpflasterbahn am Rollenmarkt hinab nicht in öffentlichen Straßen zu liegen kommen, sondern innerhalb der Häuserblöcke verlaufen, und daß die Hochbahn die öffentlichen Straßen nur kreuzt, also nur an wenigen Punkten in die Erscheinung tritt. Es ist diese neue Lösung auch schon deshalb mit Freuden zu begrüßen, als in den sehr tief unter Fußbetter gelegenen Tunneln die Luft- und Ventilationsverhältnisse recht ungünstige zu sein pflegen und daher die Fahrt durch solche Tunnel meist keine angenehme ist. Der Uebergang über den Spittelmarkt wird nach dem neuen Projekt in der Weise bewerkstelligt werden, daß die Hochbahn ungefähr der Richtung der Wallstraße bis zum Kanal folgt und diesen auf quer über die Ufer gelegenen Stadtbühnen überschreitet. Von hier aus schwenkt die Bahn nach Norden zu, folgt der Straße „An der Friedr. Brücke“ und wendet sich im Bogen der Straße „An der Fischerbrücke“ zu, welche überbrückt wird. Gleich dahinter beginnt die Rampe, welche die Bahn allmählich zum Tunnel hinabführt, wie dies auch am Rollendorfsplatz geschehen ist. Zugleich wird der Hauptarm der Spree gekreuzt und unter Benutzung des städtischen Geländes der früheren Stadtwogtei am Krögel der Uebergang zur Untergundbahn hergestellt. Am Rollenmarkt verläuft die Bahn bereits wieder im Tunnel, sie überfährt in ihrem weiteren Verlaufe die Spandauer- und Rathausstraße und legt sich dann in der Verlängerung der letzteren unterhalb der städtischen Grundstücke Landgericht (Züdenstraße) und frühere Gewerbe-Akademie (Klosterstraße) fort, um unter dem Durchgange nach der Neuen Friedrichstraße die Grunerstraße und den Alexanderplatz zu erreichen. Der letztere soll unterfahren werden, so daß der Tunnel mit den Umfah- und Aufstellungsgeleisen in der Nähe der Frenzlauerstraße endet. Die Haltestelle „Alexanderplatz“ wird unter der Platz kreuzenden Alexanderstraße liegen, die Zugänge möglichst auf der Mitte des Platzes, zwischen der Verlängerung der Gruner- und der Landbergerstraße, so daß sie von allen auf diesem Verkehrsnotenpunkt zusammenlaufenden Straßen aus bequem erreicht werden können. Die Gesamtlänge der Erweiterungslinie Potsdamer-Alexanderplatz beträgt rund vier Kilometer (genau 3995 Meter). Haltestellen sind zwischen den beiden Endstationen noch vier eingeschaltet: am Wilhelmplatz, am Bendarmenmarkt, am Spittelmarkt und Rollenmarkt. Die durchschnittliche Entfernung der Haltestellen von einander beträgt etwa 730 Meter. Die Fahrzeit vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt beträgt circa fünf, vom Potsdamer Platz bis zum Alexanderplatz circa neun Minuten, während die Straßenbahn zur Zurücklegung der ganzen Strecke circa 25 Minuten braucht.

Ueber die bevorstehende Beseitigung des Scheunenviertels wird aus dem Rathaus berichtet: Die Beseitigung des Scheunenviertels, die seit Jahren die Presse und weite Kreise der Berliner Bevölkerung beschäftigt hat, wird nun in das Stadium der endgültigen Ausführung nach dem vom Stadtbaurat Kaufe ausgeführten und von den Gemeindebehörden im vorigen Jahre beschlossenen Planen treten. Alle noch in jüngster Zeit kolportierten Nachrichten über neue Schwierigkeiten sind unbegründet gewesen. Am 13. Juni 1901 hatte die Stadtverordneten-Versammlung folgenden Beschluß angenommen: „Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu dem der Vorlage des Magistrats vom 6. Juni 1901 zugehörigen Entwurfe für die Festsetzung neuer und die Aufhebung vorhandener Fluchtlinien auf dem Gelände zwischen Lottum- bezw. Rothring- und Frenzlauerstraße, Frenzlauer Allee, Hirtensstraße, Schendelgasse, Alte Schönhauserstraße und Schönhauser Allee bezw. Fortsetzung der Kaiser Wilhelmstraße bis zur Schönhauser- beziehungsweise Frenzlauer Allee und ist ferner damit einverstanden, daß auf Grund dieses Entwurfes die Verleihung der Enteignungsbesugnis für die Durchführung des ganzen Unternehmens bei den zuständigen Staatsbehörden nachgesucht werde.“ Der Kaiser hat jetzt diese Enteignungsbesugnis dem Magistrat verliehen und dieser wird nunmehr diese Besugnis gegenüber den Grundbesitzern zur erforderlichen Anwendung bringen, falls eine gütliche Vereinbarung mit den betreffenden Besigern nicht zu erzielen sein sollte. Mit der Beseitigung des Scheunenviertels soll schon im nächsten Jahre begonnen werden.

In der letzten Sitzung der Deputation für das städtische Straßenreinigungswesen wurden unter dem Vorsitz des Stadtrats Bohm die ausgearbeiteten Submissionen zur Lieferung von Spreng- und Reibrmaschinen, auf Uebernahme der gesamten Reibrtrahnen, zur Lieferung von Desinfektionsmaterial, der Bekleidung für die Straßenreiner, von Pfaffenabesen zc. vorgelegt. Die Reibrtrahnenfabrik hat der Unternehmer Zabbert übernommen. Ferner wurde beschlossen, einen Stadtbühnenbogen an der Lüneburgerstraße zu einem Depot für die Straßenreinigung auszubauen und die Winterreinigung der Promenadenwege im allgemeinen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen.

Berliner gefällteste Worte von 1902. Das scheidende Jahr war, trotzdem es dem Berliner hundertbewegte „Lebendige Stunden“ bot, nicht allzureich an gefälligen Worten, denen man ein längeres Weiden verheihen kann. Eröffnet doch selbst die tausend und aber-tausend Mal wiederholte Frage: „Haben Sie nicht den kleinen Sohn gesehen?“ glücklicherweise immer seltener, während ihre Nachfolgerin „Wo ist Meier?“ überhaupt nur in beschränktem Maße Eingang gefunden hat. Die Mehrzahl der Redensarten, die im ablaufenden Jahre in der Reichshauptstadt von Mund zu Munde gingen, verdanken dem politischen Leben ihren Ursprung. Vom Reichslangler stammte die Warnung an

Deutschlands Berlinerer im Auslande. „Sie möchten sich hüten, auf Granit zu stehen“. Graf Kosakowitsch prägte das Wort vom „kunstvollen Karmorbild“ der Posttarif-Vorlage, den er trotz der „Obstruktion“ und der „Falkenjäger“, trotz der „Pünktlichkeitskrise“ und der „Dauerredner“ mit Hilfe der „Richtschikerei“, des „Antrages Kardorff“ und der „Gröberschen Pünktlichkeits-Sperre“ schließlich durchbrachte. Weniger ästhetisch drückte sich sein Kollege Bobbieloff aus, der belanlich auf gut Berlinerisch erklärte: „Ich werde mich doch mit dem Kausalanal nicht vorn Bauch stoßen lassen.“ Das „Ahabarber-Rufen“ wie die „Humbert-Suche“ haben ihr Ende erreicht und müssen neuen „Impressionen“ weichen. Berlin stand nacheinander „unter Wasser“, im Zeichen der „Hundesperre“, während welcher man „der Bestie den Raum anlegen mußte“, der „Fleischnot“ und des „Pferde-fleisch-Schwindsels“. Graf Biedler erlang den roten „Manasse“ und unser neuer Bürgermeister „das grüne Huhn“. In Goldfarbe erglänzte das Vandenburger Thor zum Empfang des Königs von Italien, während ein anderer unterbliebener Empfang den Kundgebungen der „Boeren-Begeisterung“ keinen Abbruch that. Die Sieges-„Allee“ fand ihren Abfluß mit dem „Rolandbrunnen“, den auch eine nicht „verrohte Kritik“ nicht gerade als ein Meisterwerk ansehen kann. Die Frauen wurden von Antis wegen in das „Segment“ verwiesen. Die „bösen Mädchen“ lösten die „Liesbeschaufel“ ab — und von der „Liebeschaufel“ wurde sogar im Parlamente gesprochen. Wenn auch nicht alles im alten Jahre „einfach Puppe“, ja manches „um die Kritiksucht zu kriegen“, so schreiten wir doch an Mut wie an Hoffnungen reich in das neue „rote Jahr“ mit dem Rufe: „Es lebe das Leben!“

Der Fall Krupp als Begierartikel. Der Entrüstungsdrammel, den der arbeiterfeindliche Teil des Unternehmertums aus Anlaß des Falles Krupp veranstaltet hat, ist von kundigen Industriellen schnell zu zweien der Plausibilität ausgegriffen worden. Bekannt ist, daß die Essener und Breslauer Kaiserreden profitlästern Buchdrucker-Verlag gerade als Beihnachtsartikel zur Hand kamen. Plumper, geschmacklos noch ist eine Begierkarte, die ein Galanteriewaren-fabrikant hat herstellen lassen. Durch Auf- und Niederschieben kommen die Silber Wilhelms II. und des toten Krupp abwechselnd zum Vorschein; über den Bildern stehen die Worte „Planmender Protest“, darunter „Das Deutschlands Kaiser wohl empfand — für Krupp am offenen Grabesrand?“ Auf der Rückseite aber ist ein Gedicht, dessen letzte Strophen lauten:

Des Deutschen Reiches Kaiser steht am Grabe,  
Im Sonnenlicht ein unvergänglich Bild.  
„Als treulich Freund geliebt ich Dich habe,  
Rein ist Dein Ehr wie meines Reiches Schild!“  
Wer wolle noch zweifeln an dem teuren Tode,  
Ein Kaiserwort verhört, daß mangellos  
Der letzte Krupp, und dankbar sei entboten  
Den Trauernden hier dieser letzte Trost.  
Und all Ihr Mimen hier zum Greis an Stabe,  
Die Euch die Lüge nimmer ruhen läßt,  
Erhebet über seinem frühen Grabe  
Für unsern Krupp den flammenden Protest.

Nach diesen radebrechenden Reimen folgen sinnig die Worte „Gefällig geschäft“. Es ist ja möglich, daß es Unternehmern giebt, die den in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeitern auch diese Karte gewissermaßen als Ergänzung des ungenügenden Lohnes ausbringen. Nach dem Grundlay „Der Zwed heiligt die Mittel“ werden die Scharrmacher sich freuen, daß der Kampf gegen die verhasste Socialdemokratie selbst eine Todsiünde gegen den Geist der deutschen Dichtkunst rechtfertigt.

Zu- und Abgang bei der steuerpflichtigen Bevölkerung Berlins boten im Steuerjahr 1901/02 ein wesentlich andres Bild als in den vorhergehenden Jahren. Die ungewöhnliche Gestaltung der Berliner Zu- und Wegzugsverhältnisse, die das Jahr 1901 gebracht hatte, haben sofort auch auf die Listen der Steuerverwaltung ihren Einfluß ausgeübt. Zwar haben sich bei der steuerpflichtigen Bevölkerung die Zugänge durch Zugang auch im Steuerjahr 1901/02 noch vermehrt, aber gleichzeitig vermehrten sich in viel stärkerem Grade die Abgänge durch Wegzug. Die Steuerjahre 1899/00, 1900/01, 1901/02 hatten durch Zugang 24 908, 26 016, 27 557 Zugänge von Steuerpflichtigen, andererseits durch Wegzug 20 836, 32 842, 38 104 Abgänge. Auch die Gesamtzahl der Abgänge hat sich, wie alljährlich, weiter erhöht; sie war in den letzten drei Steuerjahren 142 846, 161 108, 176 949. Dagegen war die Gesamtzahl der Zugänge Steuerpflichtiger in denselben Jahren 194 663, 202 398, 196 058. Hier ist also im letzten Steuerjahr eine Verminderung eingetreten. Es dürfte das zum Teil aus der Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse zu erklären sein.

Katholische Kampfesweise. In der hiesigen „Märk. Volkstg.“ lesen wir: „Entweder Kloster oder Jerichow! Neuester Sensations-artikel des „Vorwärts“ über die Kronprinzessin von Sachsen!“ — so wurden noch am Montagabend die Postboten der lebhaftesten Plätze und Straßen Berlins von den Straßenbesuchern des „Vorwärts“ angefahren. Es ist doch geradezu ein Schwandel, einen Artikel, der am Sonntagmorgen im „Vorwärts“ erschienen ist, noch in den späten Abendstunden des Montag als „Neuester Sensations-artikel“ dem Publikum aufzudrängen. Wir sehen dabei gänzlich von der widerlichen Art und Weise ab, in der dies geschieht; dieselbe steht noch von den Tagen des Falles Krupp und der Obstruktion-standale im Reichstag in „gutem Andenken. Die Firma Paul Singer, in deren Verlag der „Vorwärts“ erscheint, hat ja belanlich schon früher eine besondere Vorliebe für den größeren Verdienst auf der Straße gezeigt! Vielleicht lösen aber mal in ihrer rührenden Fürsorge für die arbeitenden Klassen die „Obergenossen“ Singer, Antisl, Studthagen, die das andauernde Prüden aus dem Reichstage her besser gewöhnt sind, die Straßenverkäufer des „Vorwärts“ ab; diese armen Kerle werden zu rasch heiser, und das Straßengeschäft würde sich dann gewiß noch viel mehr rentieren!“

Wie wir kürzlich erwähnten, hat Justizrat Dr. Justus W a h e m, der geistige Leiter der „Märk. Volkstg.“, in einer der letzten Sitzungen des Augustinusbundes für die katholische Presse über diese Presse das folgende Urteil gefaßt:

„Keine Presse sehe so niedrig da, und in keiner werde so ge-hässig geschimpft, wie in der Mehrzahl der Centrumpresse, die da, wo die Krände verlagern, zur persönlichen Beschimpfung und Ver-dächtigung greife. In der persönlichen Beschimpfung der Gegner werde die katholische Presse von keiner andern Presse übertroffen.“ Die „Märk. Volkstg.“ hätte sich ihre Gemeinheit sparen können. Auch ohne ihre neueste Lumperei wären wir von der Richtigkeit des von ihrem Parteigenossen Dr. Wagem gefällten Urteils über-zzeugt gewesen.

Geschäftliche Schwierigkeiten haben den 46 Jahre alten Kaufmann David Hermann aus der Gneisenaustr. 49 in den Tod getrieben. Hermann war seit fünf Jahren Mitinhaber der Lurus-papier-Fabrik von Wieser & Co., die seit 18 Jahren am Luisen-platz 44 befaßt. Die Fabrik, die im Quergebäude drei Stockwerke einnimmt, beschäftigte früher durchweg 60 bis 70 männliche und weibliche Arbeiter, gegenwärtig nur noch zehn. Unter diesen Ver-hältnissen sah sich Hermann in seinen Erwartungen getäuscht und seine Verluste gingen dem Maße, der mit seiner Familie in der Gneisenaustraße den ganzen ersten Stock für 1800 M. bewohnte, so nahe, daß er sie nicht überleben wollte. Als ein Angestellter Montagvormittag das Comptoir im Fabrik-gebäude betrat, fand er ihn als Leiche an einem Nagel hängend. Wiederbelebungsvorläufe hatten keinen Erfolg mehr. Der Ver-storbene hinterläßt seine Frau mit drei Kindern im Alter von 6 bis 15 Jahren.

Verfahrensweise hatte die Feuerwehr an verschiedenen Orten neue Modelle von öffentlichen Feuermeldern aufgestellt, die dann wieder entfernt wurden. Jetzt sind abermals am Spittelmarkt und in der Leipzigerstraße Modelle aufgestellt, die sich von den bisher gebrauchlichen nur dadurch unterscheiden, daß sich über dem Feuer-melder noch eine weithin sichtbare Laterne in Gestalt einer Fackel erhebt, die mit dem Emblem der Feuerwehr geschmückt ist.

Auf der Linie Mittelstraße-Bankow der Berliner Elektrischen Straßenbahnen A.-G. wird, wie wir unsern gestrigen Mitteilungen ergänzend hinzufügen, in der heutigen Nacht von Bankow 1 Uhr 5 Min., von der Mittelstraße 1 Uhr 55 Min. der letzte Wagen ab-gelassen.

Berlin CN. Eine geographische Unmöglichkeit ist mit der am 1. d. M. zur Eröffnung gekommenen Central-Postanstalt in der Roßringstraße geschaffen worden. Diesem Amt N. 54 sind auch die Postanstalten C. 22, C. 76 und C. 102 unterstellt worden, welche einen großen Teil des postlichen Bezirks C. beherrschen. Obwohl die Bezirksgrenze des Centrums Berlins eine Änderung nicht erfahren, und die in diesem Bereich ausgegebenen Sendungen nach wie vor den Stempel C. tragen, haben die Adressen an die Be-wohner des Post-Bezirks N. 54 zu lauten. Hierdurch ist der eigenartige Zustand geschaffen, daß die Tausende von Anwohnern der Aufgabe von Postsendungen im Centrum, beim Empfang derselben aber im Norden Berlins wohnen, so daß dieser Stadtteil am besten als Bezirk Berlin CN. bezeichnet werden kann.

Ein falscher Kriminalbeamter wurde am Sonntagvormittag am Kurfürstendamm festgenommen, nachdem er eine schändliche Erpressung gerade mit Erfolg durchgeführt zu haben glaubte. Ein Rentner K., ein als sehr reich bekannter Mann, läßt am Kurfürstendamm bauen. Als am Sonnabendabend alle Arbeiter den Bau verlassen hatten und er sich ebenfalls anschlief nach Hause zu gehen, trat ein gut gekleideter Mann auf ihn zu und bat ihn, auf einen Augenblick mit ihm in das Innere des Neubaus zurück-zugehen. Als K. ihm bedeutete, er möge ihm ruhig draußen mitteilen, was er ihm zu sagen habe, stellte sich der Mann als Kriminalbeamter vor und berichtete dem Rentner, es seien gegen ihn Anzeigen wegen schwerer Verbrechen gegen seine Mädchen eingelaufen. Dabei ließ er aber durchblicken, daß die heikle Sache noch unterdrückt werden könne. Aus dieser Neugierung schloß K. sofort, daß er einen Expreser vor sich habe, ging aber zum Schein auf seinen Vorschlag ein, um ihn unschädlich zu machen. Der Mann sollte am nächsten Morgen in die Wohnung des Rentners kommen, da sich dort die Angelegenheit besser erledigen lasse. Unter-dessen ging K. zur Polizei. Der Revierlieutenant und mehrere Beamte besteckten sich am Sonntagmorgen in seiner Wohnung, um den Expreser gleich abzufassen. Dieser kam jedoch nicht selbst, sondern schickte einen Knaben mit einem Briefe, in dem er ver-sprach, die Geschichte totmachen zu wollen, wenn S. dem Ueber-bringer sofort 300 M. mitgäbe. Der Knabe gab an, daß er den Brief auf der Straße von einem un-bekanntem Mann erhalten habe, der ihm für seinen Boten-dienst 50 Pf. geben wolle. Man gab nun dem Jungen einen leeren Briefumschlag mit und beobachtete ihn. Sobald der Auftraggeber seines Boten ansichtig wurde, ging er auf ihn zu, entriß ihm den Brief und sprang auf einen Straßenbahnwagen, der gerade vorüber-fuhr. Der Revierlieutenant, der nun zum Vorschein kam, ließ aber den Bogen sofort halten, nachdem einer seiner Beamten dem Mann bereits nachgesprungen war. Der Kriminalbeamte entpuppte sich auf der Wache als ein 30 Jahre alter Tapezierer Gustav Scholl aus der Schwerinstraße. Er legte sich jetzt aufs Bitten, wurde aber wegen der Gemeingefährlichkeit eines solchen Treibens verhaftet.

Bestohlene Münzensammlung. Von Einbrechern heimlichstohlt wurde das Restaurant „Dritte Kugelrunde Berlin“, Oranienburgerstr. 45. In dem Lokal befindet sich ein origineller Stamm- oder Kegelstich, dessen Oberfläche mit darauf genagelten seltenen Silbermünzen be-deckt ist. Von diesen wurden 30 Stück im Werte von 115 M. in der letzten Nacht entwendet. Unter den Münzen befinden sich Krönungs-sthaler, Siegessthaler, Sterbsthaler, Jubiläums-Halbs- und Zwei-Markstücke, Maria Theresia-Thaler, ein österreichisches Zweihalerstück, ein ungarischer Engelsthaler, ein Lübecker Zweimarkstück und ein Dollar in Gold. Da die gestohlenen Münzen mit Messingnägeln festgenagelt waren und gewaltsam losgerissen worden sind, so müssen sie an den Rändern beschädigt sein, ein Umstand, der vielleicht zur Entdeckung der Diebe führt, welche die Geldstücke zu veräußern suchen werden.

Ein größerer Brand kam in der vorletzten Nacht um 10 Uhr in der Mühlenstraße 21 zum Ausbruch. Dort brannte ein Holz-schuppen und Stellmacherhölzer. Die Feuerwehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, um die Flammen, die an den Holzbockdächern reiche Nahrung gefunden hatten, zu löschen. Etwas später kam in einem Hotel in der Königgräberstraße 82 Feuer aus, wobei Möbel, Teppiche, Tapeten zc. und Immobilien im 1. Stock in Flammen aufgingen. Durch die Explosion einer Petroleumlampe gerieten in der Wallfadenstraße 7 Betten und Möbel in Brand, der vom 7. Juge bald gelöscht werden konnte. Ein Zimmerbrand be-schäftigte die Feuerwehr in der Frenzlauer Allee 206 und ein Küchenbrand mußte in der Petersburgerstraße 6 gedämpft werden. Ferner hatte die Feuerwehr noch in der Philippstraße 13a, in der Friedrichstraße 79a zu thun, wo Möbel und andres brannten.

Das Opfer einer Blutvergiftung ist der 33 Jahre alte Maurer Friedrich Weich geworden, der kinderlos verheiratet war und in der Fruchtstr. 26 wohnte. Weich verletzte sich vor acht Tagen beim Ab-bruch eines Hauses auf Westend mit einem verrosteten Nagel die rechte Hand. Nachdem er drei Tage zu Hause in ärztlicher Be-handlung gewesen war, mußte er am vergangenen Sonnabend nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden, da der Arm bis zum Ellenbogen aufschwell und starkes Fieber eintrat. Die Kunst der Ärzte konnte aber den Unglücklichen nicht mehr retten, die Blut-vergiftung war schon so weit vorgeschritten, daß sie zum Tode führte.

Einen traurigen Ausgang hat das Weihnachtsfest für die Familie des Arbeiters Bahrich aus der Demminstr. 7 gehabt. Die Leute hatten am Heiligabend ihren vier Kindern beschenkt. Die 7½ Jahre alte Tochter Klara konnte am nächsten Morgen die Zeit nicht ab-warten, ihre Beschenke wieder zu sehen. Sie verließ heimlich das Bett und ging nach einem Stuhl, der dicht am Ofen stand, um sich ihr Kleiden herunter zu nehmen. Hierbei fing ihr Hemd an dem Ofen Feuer und sie verbrannte sich, bevor ihr Hilfe gebracht werden konnte, am Brust und Unterleib so schwer, daß sie sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort erlag sie den Brand-wunden.

Verschunden ist seit dem 20. Dezember der 88 Jahre alte Johann Nagle, der Wollinerstr. 12 bei Nibe wohnte. Am Son-nitag des genannten Tages entfernte der altersschwache Herr sich aus seiner Wohnung ohne daß er bis jetzt zurückgekehrt wäre. Nagle ist 170 Meter groß, bartlos, trägt aber volles, graues Haupthaar. Das linke Auge fehlt ihm. Wer etwas über den Ver-schundenen weiß, wird gebeten, entweder dem nächsten Polizeibureau oder an Herrn Nibe Mitteilung zu machen.

Bermüht wird seit dem 16. Dezember der 88 Jahre alte Schneidermeister Gustav Schulz aus Hirschenwalde, der sich an genanntem Tage un-gewöhnlich in geschäftlichen Angelegenheiten nach Berlin begeben hat und seitdem spurlos verschunden ist. Er ist 1,00—1,03 Meter groß, 44 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar, keinen hellblonden Schnur-bart, graue Augen und blaue Gesichtsfarbe. Der kleine Finger der linken Hand ist krumm und steif. Er trug grünen Jacketanzug, dunkelblauen Winterüberzieher mit hellgrauem karierten Futter,

grünen weichen Schlapphut. Mitteilungen über den Verbleib des Vermissten werden an die Berliner Kriminalpolizei zu J.-Nr. 9120 IV/82 02 erbeten.

Verloren gegangen sind auf dem Hohenstaufenplatz oder in dessen nächster Umgebung (Stottbuserdamm) am ersten Feiertag für 10 M. Partitions, die in einem großen gelben Koubert lagen. Es wird gebeten, die Wons bei Federhardt, Wopffstr. 4 oder in der Expedition des „Vorwärts“ abzugeben.

Von einem Lastwagen überfahren und schwer verletzt wurde der Sanitätsrat Dr. Straßmann aus der Klopffeldstr. 23. An der Ecke der Gips- und Rosenhalerstraße warf ein Lastwagen den 69-jährigen Arzt zu Boden und überfuhr ihn so unglücklich, daß er mit einem doppelten Bruch des linken Armes und einer Verletzung am linken Fuß nach der Königl. Klinik in der Ziegelstraße gebracht werden mußte.

Der Berliner Kgl. Verein für Obdachlose nimmt durch seinen Schatzmeister Herrn Alfred Hirschfeld, Augustburgerstr. 62, zur Ablösung der Neujahrsgeschenke Beiträge gern entgegen, welche dem Verein um so erwünschter sind, als sowohl die Männer- wie auch die Frauen-Abteilung stets überfüllt sind.

Die Angelegenheit des Erzherzogs Leopold von Toskana ist prompt von einem hiesigen Spezialitäten-Theater geschäftlich ausgeglichen worden. Auf das Sensationsbedürfnis der Menge spekulierend, hat das Passage-Theater die Schwester der durch ihre Beziehungen zu dem genannten Herzog bekannt gewordenen Schauspielerin Adamovic als Tanzsängerin zum 1. Januar engagiert.

Am Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, beginnen in der kommenden Woche die öffentlichen Vorträge. Der Direktor des Instituts, Herr Geheimrat Hr. v. Richthofen, eröffnet die Vorträge am Montag, den 5. Januar, über: „Die chinesische Küste als Eingangshafen des Seehandels“. Es sprechen in derselben Woche noch: Prof. Plate, Berlin, am Dienstag, den 6., und Freitag, den 9. Januar, über: „Eine zoologische Sammelreise nach den Schwanninseln Griechenlands und den Korallenriffen des Roten Meeres“, und der bekannte Weltreisende Dr. Georg Wegener, Berlin am Mittwoch, den 7., und Donnerstag, den 8. Januar, über: „Die deutschen Inselkolonien im Stillen Ozean“. Die Mehrzahl der Vorträge wird durch Lichtbilder erläutert. Die meisten nochmals darauf hin, daß diese Vorträge einem allgemeinen Publikum, Herren und Damen, zugänglich sind. Einlaßkarten sind im Bureau des Instituts für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, wochentäglich von 12—2 Uhr, und an den Vortragsabenden selbst erhältlich.

Theater. Im Metropol-Theater findet die letzte Aufführung der Ausstattung-Vandeville „Die 12 Frauen des Japhet“ am Neujahrabend statt, da am Freitag, den 2. Januar, das Theater wegen der Generalprobe der großen dreitägigen Novität „Reizendes Alleenest“ geschlossen bleibt. Die heutige Mittwochsvorstellung, nach deren Schluß die Silvester-Feier mit Cabaret und Ball eintritt, beginnt um 8 Uhr. — Das Deutsche Theater führt am Sonnabend, 10. Januar, Karl Schönherr's Drama „Sommerabend“ auf. — „Charles Kante“ wird mit Guido Thieler im Thalia-Theater am 1. Januar als Nachmittags-Vorstellung gegeben. Die Preise sind auf die Hälfte ermäßigt.

Eine Gruppe dreier Seelöwen hat der Circus Busch seit einigen Tagen ihrem Programm eingefügt. Die Tiere, welche von einer Dame, Madame Juliette, vorgeführt werden, gehören der Gattung der kalifornischen Seelöwen an. Tiere, welche oftmals eine Länge von drei bis vier Meter und ein Gewicht von 600 Kilo erreichen und namentlich in der Bai von San Francisco, Kalifornien, massenhaft in Schwärmen anzutreffen sind. Die Seelöwen zeichnen sich durch sehr schmale, flache und kleine Köpfe aus, haben einen langen und sehr beweglichen Hals und zeigen in der Dresse eine ganz erstaunliche Intelligenz. Die hier in Rede stehenden Seelöwen balancieren und jonglieren mit wahrer Virtuosität, sie „singen“, tanzen und zeigen sich überhaupt mit der Circusmanerie derart vertraut, daß man bei ihren Darbietungen mit voller Berechtigung von einem „Wunder der Tierdresse“ sprechen darf.

Die wissenschaftlichen Vorträge, welche im Hörsaal der Krania in diesem Quartal gehalten werden sollen, beginnen Mitte Januar; die Lehrkurse beginnen, so weit dies nicht besonders bemerkt ist, abends 8 Uhr und umfassen: Ausgewählte Thematika der Physik von allgemeinem und aktuellem Interesse, sieben Experimentalkurse von Dr. A. Donath; Einführung in die Wechselstrom-Ercheinungen, sechs Vorlesungen von Dr. V. Donath; Freitags von 6—7 Uhr: Chemie der Industrien und Gewerbe, acht Vorträge von Dr. Koh; die Arbeit der Pflanzenwelt, sechs durch einfache Experimente erläuterte Vorträge von Professor Dr. Müller; Einführung in die Erdkunde, vier Vorträge mit Lichtbildern von Dr. P. Schwahn; ausgewählte Kapitel aus der Photographie, vier Vorträge mit Lichtbildern und Experimenten von Professor Dr. A. Meißner, Dr. P. Meißner, Ernst Juhl-Hamburg und Dr. A. Donath; ausgewählte Kapitel aus der Astronomie, vier Lichtbilder-Vorträge von A. Wegner. Das ausführliche Programm dieser wissenschaftlichen Vorträge wird an den Kassen der Krania Tauentzienstraße und Invalidenstrasse kostenlos ausgegeben und an Interessenten auf Wunsch gefandt. — Im Theater gelangt heute der dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Das Land Tirol“ zur Aufführung.

**Aus den Nachbarorten.**

Schmargendorf. Die Silvesterfeier der Genossen und ihrer Familien findet im Wirtshaus Schmargendorf statt. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Am Teltowkanal ist auf Rudower Gebiet die Errichtung eines größeren Fabrikabbaues gesichert. Unter Leitung der Berliner Bank hat eine aus drei Berliner Bankfirmen bestehende Bau-Gesellschaft durch Vermittlung eines Herrn Treßlow 72 000 Quadratrußen für 3000 M. den Morgen erworben. Das sehr günstig gelegene Terrain soll zugleich Anschluß an den Centralbahnhof Niederlehne-Weide-Johannisthal erhalten.

Kostsaundersarbeiten mit militärischen Hindernissen. Aus Spandau wird berichtet: Die Kostsaundersarbeiten in Spandau, die der Kriegsminister angeordnet hatte und nach der vom Magistrat beantragten Submision an den mindessfordernsten Unternehmer vergeben worden sind, sollten am Montag beginnen. Kaum hatten sich aber die dazu bestellten Arbeiter auf der Festungswerke eingefunden, da erschien ein Beamter der Fortifikation und untersagte die Inangriffnahme der Arbeiten. Die Ursache seines Einschreitens ist nicht bekannt. Hoffentlich wird im Interesse der Arbeiter das Verbot bald aufgehoben.

Eine Art von Volkszählung nach dem Stande vom 27. Oktober 1902 hat das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg veranstaltet und schon jetzt fertiggestellt, indem es nach der Personenstands-Aufnahme die Wohnbevölkerung zusammengestellt hat. Es wurde dabei eine Verringerung von 26 Köpfen weniger als 200 000 ermittelt, wobei die vorübergehend Anwesenden nicht gezählt sind. Auffallend ist die große Ueberschuss an Frauen in Charlottenburg. Er beträgt insgesamt 8550, so daß Charlottenburg nur 90 000 Männer, aber nahezu 110 000 Frauen beherbergt. Besonders groß ist der Ueberschuss in den wohlhabenden Vierteln des Ostens der Stadt. Am Kurfürstendamm und in den Ostvierteln zwischen dem Zoologischen Garten und dem Kollendörflerplatz ist die Zahl der Frauen meist noch einmal so groß wie die der Männer. Auch in den Vierteln der Hochschule überwiegt trotz der studierenden Jugend die Zahl der Frauen erheblich. Nur in fünf Stadtbezirken ist eine kleine Zahl Männer mehr als Frauen. Es sind dies ein Bezirk der inneren Stadt am Königs- und am Kommandanten- und im Schloßviertel. Eine Ausnahme macht auch Westend, zu dem die Kaserne des Elisabeth-Regiments mit 1578 Militärs gehört. Die Zahl der Grundstücke in Charlottenburg beträgt 3348, die Zahl der Haushaltungen 48 274. Die Haushaltungen haben sich gegen das Vorjahr um fast 3000 vermehrt. Die Mehrzahl der Stadtbezirke weist eine Zunahme der Bevölkerung auf. Sie ist besonders stark am Tiergarten mit 1067 Köpfen, ferner am Bülow 3 und 2, auch in der inneren Stadt und am Kurfürstendamm, doch gibt es auch Stadtbezirke in Charlottenburg, deren Bevölkerung abgenommen hat: am Spandauer Berg, im Schloßviertel, in Kalowstr. und am Kommandanten- und Königsdamm, in der inneren Stadt und im Hochschloßviertel. Ja selbst im ersten Bezirk am Kurfürstendamm ist die Wohnbevölkerung gegen das Vorjahr um 40 Köpfe zurückgegangen.

Aus dem Kreise Nieder-Barnim. Der konservative Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim hat in einem Aufrufe sich an alle national und königstreue gesinnten Männer des Kreises gewandt, um den Kreis von dem Terrorismus der Social-Demokratie zu retten und von der Persönlichkeit des „gewesenen“ Reichstagsabgeordneten zu befreien. Der im Vielder-Stil gehaltene Aufruf fordert die Führer der bürgerlichen Parteien auf, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Auf zum Kampf gegen die internationale revolutionäre Socialdemokratie, gegen die Herrschaftsgelüste der Paul Singer und Arthur Stadthagen. Deutsches Volk, erwache, ehe es zu spät ist, baue und schütze Dein Haus aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe, wahre Dein Hausrecht gegen die Singer und Stadthagen, das sei unser Neujahrsgruß für 1903.“

Am das ersehnte Ziel zu erreichen, ist der langjährige Kandidat der konservativen Partei, Prof. Dr. Irmer, zurückgetreten und hat dem „mit den Interessen des Handwerkerstandes vertrauten“ Bau-meister Felisch den Vorrang gelassen. Am 9. Januar, nachmittags 5 Uhr, wird in den Germanisalen in der Chausseestraße das große Werk gefeiert. Unsere Parteigenossen im Kreise setzen sich das Geleise der Brotwägen mit Gemütsruhe an. Anteil Felisch wird ebenso verunglückt aus dem Wahlkampf hervorgehen wie bei früheren Wahlen Herr Prof. Dr. Irmer.

**Gerichts-Zeitung.**

Die Millionärsfrau. Einen romantischen Hintergrund hatte eine Strafsache, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Aus der Untersuchungshaft wurde die Fabrikanten-Ehefrau Pauline Bergfeld, geb. Bräute vorgeführt, die sich eines Betruges schuldig gemacht haben sollte. Die 27-jährige, aus Würtemberg stammende Dame blüht auf eine schicksalreiche Vergangenheit zurück. Sie ist bereits zweimal wegen Betruges, einmal mit 9 Monaten und das zweite mal mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis vorbestraft worden. Im Herbst v. J. erhielt die damals unberechnete Angeklagte von einem Grafen A., zu dem sie in einem Liebesverhältnis gestanden hatte, eine erhebliche Abfindungssumme. Sie lernte dann den Sohn des reichen Fabrikanten Bergfeld aus Bremen kennen, der in Berlin seiner Militärpflicht genügt. Der junge Mann verliebte sich demnach in sie, daß er ihr die Ehe versprach, obgleich die Angeklagte ihm über ihre Vergangenheit reinen Wein eingeschmeckt haben will. Im Januar d. J. verschwand die Angeklagte plötzlich aus Berlin. Es stellte sich heraus, daß sie sich seit längerer Zeit in Geldverlegenheit befunden hatte und einem Kohlenhändler für 130 M. Kohlen schuldig geblieben war. Als sich ferner ergab, daß sie den größten Teil der Kohlen sofort weiterverkauft hatte, wurde angenommen, daß sie es auf einen Betrug abgesehen. Es wurde ein Steckbrief hinter sie erlassen. Inzwischen war die Angeklagte nach Hamburg geparft,

hatte dort Bergfeld verarbeitert erhalten getroffen und war mit ihm dann weiter nach London gereist. Hier ging das Paar die Ehe ein. Das Zusammenleben war ein unglückliches, denn die Eheleute hatten mit solcher Not zu kämpfen, daß sie verschiedene Wohlthätigkeitsanstalten in Anspruch nehmen mußten. Dann starb der Vater des Bergfeld und hinterließ seinem Sohne über eine Million. Nun wurde dem Erben der Ehezwang zur Last und es war sein Bestreben, sich davon zu befreien. Er fand eine geeignete Handhabe dazu in dem Umstande, daß seine Ehefrau steuerrückständig war. Diese reichte mit dem inzwischen geborenen Kinde nach Paris und lehrte nach Berlin zurück, wo sie sofort in Haft genommen wurde. Im Anfange des kommenden Jahres steht Termin in ihrer Ehescheidungs-sache an. In betreff der Kohlen behauptete die Angeklagte, daß sie dieselben nicht verkauft habe, man habe sie ihr abgenommen, um sich für kleinere Forderungen schadlos zu halten. Bei der Bestellung habe sie auch angenommen, daß sie ihren Verpflichtungen würde nachkommen können, leider sei eine ihr von einem früheren Freund in Aussicht gestellte Unterstüzung in Höhe von 800 M. zu spät eingetroffen. Sie habe schnell nach Hamburg reisen müssen, um das Zusammenreffen mit Bergfeld nicht zu verabsäumen. Während der Staatsanwaltschaft die Angeklagte des Betruges für schuldig hielt und gegen sie eine fünfmonatige Gefängnisstrafe beantragte, führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer aus, daß die infolge ihrer wechselreichen Vergangenheit nervös gewordene Angeklagte nicht mit dem normalen Maße zu messen sei, und daß ihr ferner bei der Bestellung eine betrügerische Absicht nicht imre gewohnt habe. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und fällte ein freisprechendes Urteil.

Eine Rohheit auf der Straßenbahn hatte am 31. März d. J. der Ingenieur Franz Reinhardt, der aus seinem oberflächlichen Heimatsstädtchen in Gesehften nach Berlin gekommen war und am genannten Tage hier einen alten Jugendfreund getroffen hatte, begangen. Beide beschloßen, die Freude des Wiedersehens bei einem guten Tropfen zu feiern und tanzten in der „Traube“ bei perlendem Sekt gemeinsame Jugendgedenken aus. In animierter Stimmung verließen die beiden Freunde das Lokal und schlangen sich draußen auf dem Vorderperson eines im langsamen Tempo vorüberfahrenden Straßenbahnwagens der ihnen pächteren Route. Sie wurden vom Schaffner sofort bedeutet, daß sie an der nächsten Haltestelle wieder absteigen müßten, da sie überzählig seien, sie nahmen diese Mitteilung aber nicht sehr tragisch und weigerten sich an der nächsten Haltestelle, den Wagen zu verlassen. Der Schaffner forderte den Angeklagten wiederholt auf, seinen Anordnungen Folge zu leisten, dieser aber war in fidele Stimmung und erklärte, daß es ihm gar nicht darauf ankomme, die etwaige Strafe zu bezahlen. Nun sagte ihn der Schaffner an den Arm und zog ihn vom Wagen herunter; dies erregte aber den recht handfesten Schaffner und im Nu hatte der Schaffner einen derben Schlag auf das Knieband weg, so daß ihm ganz schwarz vor den Augen wurde und er reichlich Blut verlor. Nicht genug damit: der sehr erregte Angeklagte versetzte dem Schaffner auch einen Fußtritt vor den Unterleib, der jenen zu Boden stürzen ließ. Dann entfloß er, verfolgt von einer empöerten Menschenmenge, die immerfort „halt ihn!“ rief. Er gebrauchte zwar die Finte, gleichfalls „halt ihn!“ zu rufen, als ob er nicht der Verfolgte, sondern einer der Verfolger wäre. Die List glückte aber nicht. Er wurde vielmehr in der Kronenstrasse festgenommen und zur Polizeiwache gebracht. Der von ihm mißhandelte Schaffner ist acht Tage dienstunfähig gewesen; der Angeklagte hat ihm ein Schmerzensgeld von 100 M. gezahlt und ein Entschuldigungsschreiben an die Direktion der Straßenbahn gerichtet. Gestern stand er nun unter der Anklage der Körperverletzung mittels lebensgefährlicher Behandlung, vor der 9. Strafkammer. Im Termin, zu welchem er aus Oberflächlichkeit hierher hat kommen müssen, entschuldigte er sich damit, daß er infolge einer überstandenen längeren Krankheit sehr nervös und leicht reizbar und an jenem Abend infolge des ungewohnten reichlichen Champagnergenusses angezecht gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht hierauf nur 300 M. Geldstrafe, der Gerichtshof erkannte aber auf 600 M. Geldstrafe eventl. 60 Tage Gefängnis, indem er berücksichtigte, daß das Verhalten des Angeklagten doch ein sehr zu verdamnendes gewesen sei.

Sittliche Verfehlung eines Geistlichen. Vor der Strafkammer in Breslau hatte sich am Sonnabend der katholische Parrer Edmund Holtzoff aus Kaufzig zu verantworten. Er war angeklagt, sich in einem Café an einen 17 Jahre alten Gärtner, der in seiner Begleitung war, des Vergehens gegen § 183 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht zu haben. Der Gerichtshof erachtete den Geistlichen für überführt und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. Januar, vorm. 10<sup>U</sup>, Ver- in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Festvortrag des Herrn Walder Kanast. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Witterungsübericht vom 30. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. u. G. d. G.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. u. G. d. G.
Eutinmbe.	740	SW	1	Regen	1	Naparanda	745	SW	2	wollig	-15
Hamburg	739	SW	3	bedeckt	2	Petersburg	740	SW	1	bedeckt	-3
Berlin	740	SW	3	bedeckt	6	Estl	741	SW	3	wollig	8
Kronf. W.	742	SW	5	wollig	5	Arbden	—	—	—	—	—
München	745	W	2	bed.	0	Paris	743	SW	4	bedeckt	2
Wien	748	SW	1	bed.	-1						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 31. Dezember 1902. Ein wenig kälter, vorherrschend wollig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Karpfen** — **Silvester ein Fischgericht auf jedem Tisch!**

das Pfund 35-40 Pf.

Dieser unserm letzten Fange entnommene grosse Posten Seckarpfen, der soeben eingetroffen ist, bietet in vorzüglichster Qualität bei derselben Zubereitung — blau und in Bier — vollgültigen Ersatz für Teichkarpfen, die wir zu nachstehenden Preisen ebenfalls bestens empfehlen:

<b>Cabliau</b> s. Kochen u. Braten sehr empfehlensw., ganze Fische ohne Kopf Pfund 18 Pf., im Anschnitt 20—22 Pfennig.	<b>Schellfisch</b> in allen Grössen Pfund 17—30 Pf.	<b>Tafelzander</b> prima Pfund 75—90 Pf.	<b>Austern</b> Helgoländer Dutzend 90 Pf. Ia. Holländer Dtz. 1,80—2,00 Mk.	<b>See-Aal</b> in Aspik Pfund 60 Pf.	<b>Geräucherte</b> Flundern Pfund 60—65 Pf.	<b>See-fisch-Koch-hack</b> m. weit über 100 Recepten erhält jeder Käufer gratis.
<b>Bratflundern</b> Pfund 20 Pfennig, 3 Pfund 55 Pf.	<b>Adlerlachs</b> Pfund 30—35 Pf., im Anschnitt 40 Pf.	<b>Steinbutt</b> Pfd. 1,10—1,30 Mk.	<b>Lebende Hummern</b> Pfd. 2,75 Mk.	<b>Fischsülze</b> Pfund 60 Pf.	<b>Adlerlachs à la Stör</b> Pfund 80—90 Pf.	
	<b>Seehecht</b> Pfund 35—40 Pf., L. Anschn. 42—45 Pf.	<b>Seezungen</b> Pfd. 1,10—1,80 Mk.	<b>Secumuscheln</b> 100 Stück 90 Pf. bis 1,00 Mk.	<b>Marinierte Seefische</b> zu billigsten Tages-Preisen.	<b>Schellfisch</b> Pfund 35 Pf.	
					<b>Roche</b> Pfund 60 Pf.	

**Lebende Karpfen** Pfund 80—90 Pf.  
**Siskarpfen** Pfund 50—55 Pf.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
General-Vertreter: Johs. Skorzyc 171L  
Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 8—10  
II Lüneburgerstr., Ecke Paulstr. Stadtbahnbogen 388—399  
III 30 Prinzen-Strasse 30 (am Moritzplatz)  
IV 22 Nadal-Strasse 22 (im Schlesiischen Bahnhof)

Verantwortlicher Redakteur: Carl Veib, in Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glock in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.